

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Brot wird teurer!

Was tut der Preisabbau-Kommissar?

Folgen des Schiele-Kurses

Berlin, 21. Januar.

Eine Berliner Korrespondenz teilt mit: Die Gefahr der Brotpreisverteuerung ist trotz der mehrfachen Verhandlungen zwischen den Organisationen des Bäckergewerbes und dem Preiskommissar noch nicht beseitigt, sondern rückt vielmehr in ein immer akuter Stadium. Zwischen dem Preiskommissar und dem Reichsernährungsministerium haben inzwischen Verhandlungen stattgefunden, die aber keine Senkung des Mehlpriees erzielt haben, so daß das Bäckergewerbe auf seinem Standpunkt beharrt, daß eine Erhöhung des Brotpriees erfolgen müsse. Der Germania-Verband als Zentralorganisation der deutschen Bäckereinnungen hat gestern noch einmal in einem Schreiben an den Preiskommissar warnend darauf hingewiesen, daß

eine Brotpreiserhöhung unumgänglich

sei, wenn nicht eine Senkung der Mehlpriees erfolge, die seit der letzten Brotpreissenkung um zwei Mark und noch mehr pro Zentner gestiegen seien. Der Preiskommissar scheint demgegenüber ebenso wie das Reichsernährungsministerium die Auffassung zu vertreten, daß eine Preiserhöhung nicht zu rechtfertigen sei. Demgegenüber wird vom Zweckverband der Berliner Bäckereinnungen betont, daß die Steigerung der Mehlpriees nicht zu leugnen sei und die Situation in den letzten Tagen noch besonders durch die Tatsache verschärft werde, daß sich

auf dem Mehlmarkt eine gewisse Knappheit bemerkbar mache. In den Berliner Großmühlen

sei trotz der Preiserhöhung fast keine Ware zu erhalten. Diese Knappheit wird vom Bäckergewerbe darauf zurückgeführt, daß die amtlichen Ernteschätzungen des Reichsernährungsministeriums um eine Million Tonnen hinter dem wirklichen Ertrage zurückgeblieben seien, und daß man aus zollpolitischen und finanziellen Gründen mit der Einfuhr ausländischen Getreides noch zurückhalte. Der Zweckverband erklärt, daß er von sich aus zu der Brotpreisfrage keine Stellung mehr nehme und auch keine Preise festsetze, sondern den einzelnen Bäckern es überlasse, Erhöhungen vorzunehmen, falls der Preiskommissar nicht bis zum Freitag Nachricht über eine erfolgte Mehlprieesenkung gegeben habe.

Die Ziele der freien Gewerkschaften

Bankrott der „Wirtschaftsdemokratie“

F. R. Berlin, 21. Januar

Die deutschen Gewerkschaften befinden sich in einer schweren Krise, die verschärft wird durch die völlige Unfähigkeit, ihre gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen und einen klaren Standpunkt in den brennenden Fragen der Zeit herauszuarbeiten. Je deutlicher und katastrophaler die wirtschaftliche Entwicklung der letzten zwei Jahre die reformistische These von der „Wirtschaftsdemokratie“ widerlegt und der arbeitgemeinschaftlichen und staatsbehaltenden Tätigkeit der Gewerkschaftsspitzen den Boden unter den Füßen weggezogen hat — der in Wirklichkeit nur in der Illusion bestand —, um so krampfhafter klammern sich die Theoretiker und Praktiker des ADGB an diese brüchige Illusion. Selbst in Kreisen, die oft und lange die Politik der deutschen Gewerkschaftsführung unterstützt haben und dort, wo sie Kritik übten, sehr vorsichtig waren, beginnt man gegenüber dieser Haltung der Gewerkschaften rebellisch zu werden und den völligen theoretischen und daraus erwachsenen taktischen Bankrott des ADGB festzustellen.

In einem Leitartikel der Januarnummer des „Gewerkschafts-Archiv“ schreibt M. Bergmann zu dem Thema „Aktive Wirtschaftspolitik? — Aktive Gewerkschaftspolitik!“ Der Verfasser geht aus von einer kurzen Skizzierung des Charakters der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und stellt die Verschärfung der Gegensätze innerhalb des kapitalistischen Systems fest.

„Für uns ist zuerst wichtiger, daß die Existenz der Monopole nicht die Krisen ausschaltet, sondern die Widersprüche gesteigert und damit ihre Entladung verstärkt hat. Und wie es dem wesentlichen Widerspruch zwischen Produktion und Verwertung ergeht, nicht minder verschärft sich der Interessengegensatz

Verschiebung oder Vertagung?

Lausanne nicht am 25. Januar!

London, 20. Januar.

Das Foreign Office veröffentlicht ein Communiqué, in dem es heißt:

Die Verhandlungen zwischen den an der Lausanner Konferenz hauptsächlich interessierten Regierungen sind noch nicht beendet. Es liegt auf der Hand, daß die Konferenz nicht schon am 25. Januar, dem provisorisch festgesetzten Datum, eröffnet werden kann. Weitere Verhandlungen finden gegenwärtig statt. Die britische Regierung hofft, daß binnen wenigen Tagen eine befriedigende Vereinbarung über das einzuschlagende Verfahren zustandekommt.

*

Aus der Fülle der französischen Pressestimmen, die zur Zeit vorliegen, heben wir die des „Petit Parisien“ heraus, der der Regierung nahe steht. Das Blatt wirft die Frage auf, ob die Verschiebung des Zeitpunktes der Eröffnung der Lausanner Konferenz gleichbedeutend sei mit einem Verzicht auf diese Beratung. Das Blatt will nach einer Umfrage in offiziellen und offiziellen Kreisen folgendes mitteilen können: Es scheint,

daß die Möglichkeit einer Konferenz der Ministerpräsidenten und Finanzminister der an der Reparationsfrage beteiligten Länder in Lausanne beinahe vollkommen aufgegeben worden sei.

Sollten aber einige Delegierte, die sich sowieso nach der Schweiz begeben, nicht ganz darauf verzichten wollen, so käme nur noch in Frage, Finanzsachverständige nach Lausanne zu entsenden, die die Aufgabe hätten, die Konferenz selbst um einige Monate zu verschieben. Das Blatt fügt hinzu, daß dadurch auch die für den 22. Januar in Montreux geplante Zusammenkunft der Außenminister der Kleinen Entente verschoben werde.

Als Ausdruck einer weit verbreiteten Stimmung in Frankreich ist dann zu werten, was der „Matin“ ausführt. Er schreibt, es sei außergewöhnlich, daß ein Schuldner seine Schwierigkeiten benutzen wolle, um seine Schulden für immer zu beseitigen. Es sei falsch, zu behaupten, daß die Baseler Sachverständigen festgestellt hätten, Deutschland könne nicht mehr bezahlen; sie hätten nur gesagt, Deutschland könne gegenwärtig nicht zahlen, niemals aber, Deutschland könne

in aller Zukunft nicht mehr seine Reparationsverpflichtungen erfüllen. Auch hätten die Sachverständigen nie die Annullierung des Young-Planes ins Auge gefaßt, sondern nur eine Gesamtberichtigung der Regierungsschulden, also Reparations- und Kriegsschulden zusammen. Jetzt drohe Deutschland mit Initiativen, die ernste Rückwirkungen auf das Ausland haben würden.

Was solle das bedeuten? Etwa allgemeiner Bankrott? Verweigerung der Bezahlung auch der Handelsschulden? Das könne Frankreich nicht weiter rühren. Ein maskierter oder offener Bankrott — das laufe alles auf eins hinaus. Wenn die Bankiers sich derartigen Argumenten zugänglich zeigen würden, dann müß-

ten sie die Kreditmühle wieder in Bewegung setzen. Frankreich lasse sich keine Erpressungen gefallen.

Vertagt?

Die „Gazette de Lausanne“ teilt am Donnerstag vormittag mit, daß nach einer ihr zugegangenen amtlichen Mitteilung die Lausanner Reparationkonferenz vertagt worden ist.

Auch „Polizelaktion“?

Moskau (über Kowno), 21. Januar.

Nach einer Meldung aus Charbin haben japanische Bombenflugzeuge am Mittwoch zum drittenmal die Stadt Juschui bombardiert. Sie warfen 34 Bomben ab, wodurch 20 Personen getötet wurden. In der Stadt entstanden mehrere Brände, die aber bald gelöscht werden konnten.

Reinickendorf



5 966 000

TU. Berlin, 21. Januar.

Am 15. Januar 1932 waren bei den Arbeitsämtern rund 5 966 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme seit dem Jahresende belief sich auf annähernd 300 000 gegenüber einer Zunahme von 381 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Seit dem Tiefstand des vergangenen Sommers ist die Arbeitslosenzahl um rund 2 012 000 gestiegen.

von Kapital und Arbeit.“ Er beschäftigt sich dann mit der gewerkschaftlichen Theorie, die den Staat zum Träger der Allgemeininteressen und zum „Oberrichter beim Ausgleich der widerstrebbenden Interessen der beiden Träger der Wirtschaft macht.“ Diese Theorie wird abgelehnt und bekämpft, allerdings ohne daß der Charakter des heutigen Staates als Herrschaftsorgan und Werkzeug der herrschenden Klasse herausgearbeitet wird. Der Artikelschreiber bleibt deshalb auch in dieser Kritik der Gewerkschaften in Halbheiten stecken und beweist, daß eine fruchtbringende und erschöpfende Auseinandersetzung mit dem Reformismus nur vom Standpunkt der revolutionären Theorie aus möglich ist. Negativ stellt Bergmann eindeutig fest: „Wenn jemals, so lehrt die heutige Krise und ihre zerstörende Wirkung eines: Wirtschaftsdemokratie ist Nonsense. Es kann keine Wirtschafts-

demokratie geben und darum gibt es keine wirtschaftsdemokratischen „Ansätze“.

Wenn jedoch dieser stützende Pfeiler der heutigen Gewerkschaftstheorie gefallen ist, bleibt überhaupt nichts mehr übrig. Dann bleibt als einziger Ausweg aus der Krise der Kampf um die sozialistische Planwirtschaft, und zwar der Kampf mit allen seinen Konsequenzen, der revolutionäre Kampf. Weil sie den nicht wollen, sondern genau wie Friedrich Ebert die Revolution hassen wie die Sünde, halten die Naphtali und Genossen so zweifelt an ihrer morschen Stütze fest und baginnet nebenbei, bei der faschistischen Ideologie Anleihen zu machen, womit sie ihren völligen Bankerott besiegeln.

In dem Artikel wird auch die Stellung beleuchtet, die die Gewerkschaften zur Notverordnung eingenommen haben. Es heißt da:

„Wir fragen: Wäre der generelle Lohnabbau, wie ihn die letzte Notverordnung vorsieht, denkbar ohne die u. E. falsche Einstellung der Gewerkschaften zum Staat, zur Wirtschaft und zu ihren eigentlichen Aufgaben? Eine Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die „allgemeinen“ Interessen, d. h. unter die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft, gab erst die Basis dafür ab, daß ein einziger Federstrich genügen konnte, um für 20 Millionen Arbeiter die Löhne auf einen Stand von 5 oder 6 Jahren früher zurückzuschrauben. Unter anderen Umständen, d. h. wenn die Gewerkschaften dieses Tarifrecht, das sie zum Frieden zwingt, nur so lange anerkennen würden, wie ihre eigenen Grundlagen nicht bedroht werden, wie es — von „kleineren Uebeln“ abgesehen — im großen gesehen den Interessen der Arbeiter und Angestellten dient, wäre der staatliche Eingriff in die deutsche Lohnentwicklung auf Grund der letzten Notverordnung ein gewagtes Spiel für Reichsregierung und Unternehmer.“

Hier wird den Gewerkschaften bescheinigt, was ihnen schärfer und deutlicher von uns immer wieder gesagt worden ist: daß der vollständige Verzicht auf den Kampf, die Kapitulation vor der Regierung, die Stützung des Brüning-Kurses der deutschen Bourgeoisie es erst ermöglicht haben, alle Lasten der Krise auf die deutsche Arbeiterklasse abzuwälzen und das Elend in Deutschland zu steigern. Der Artikel endet mit der Aufforderung zur vollen Machtentfaltung an die Adresse des ADGB. Wir glauben, daß dieser Appell an die reformistischen Spitzen ungehört verhallen wird, eine „Gewerkschaftswende“ in Deutschland kann nur erfolgen unter dem Druck einer entschlossenen, starken, revolutionären Opposition innerhalb der Gewerkschaften. Diese Opposition zu schaffen hat sich die Sozialistische Arbeiterpartei zum Ziel gesetzt.

Die deutschen Rüstungen

Paris, 20. Januar

General Bourgeois und Senator Eccard gaben am Mittwoch im Außenausschuß der Kammer einen ausführlichen Bericht über den deutschen Rüstungsstand.

Nach dem Bericht aus der Sitzung liefern die Ausführungen Bourgeois' darauf hinaus, daß Deutschland im Widerspruch zum Versailler Vertrag ein mächtiges Heer organisieren und instand setzen,

im Kriegsfall eine erste Stoßarmee von bedeutender Stärke aufzustellen,

deren militärischer Geist durch häufige Zusammenkünfte neuer Einheiten mit Angehörigen ehemaliger Truppenformationen geweckt werde. Parallel dazu werde die Organisation der Großindustrie fortgesetzt, die durch ihre Rationalisierung in sehr kurzen Zeiträumen in der Lage sei, die deutsche Armee mit allen notwendigen Kriegsmitteln zu versorgen. Bourgeois erklärte abschließend, die kriegerischen Vorbereitungen in Deutschland seien von einer Revanchepropaganda begleitet. Die Kinder in der Schule würden in diesem Geist erzogen und eine Reihe von Schulbüchern sei ausdrücklich in diesem Sinne verfaßt.

Senator Eccard gab einen Ueberblick über den deutschen Haushalt und erklärte, daß die Heeresausgaben versteckt in anderen Haushaltskapiteln untergebracht seien.

Der deutsche Polizei-Haushalt werde zu 50 vH für rein militärische Zwecke verwendet.

Eine „ganz kleine“ Fälschung hat sich TU bei seiner Meldung geleistet, die doch verdient, festgehalten zu werden. Es heißt da: „Der deutsche Haushalt werde zu 50 Prozent für rein militärische Zwecke verwendet.“ Natürlich läßt sich leicht nachweisen, daß solche Behauptung nicht stimmt. Aber das ist ja auch gar nicht behauptet worden. Sondern der Senator Eccard hat lediglich erklärt, daß: mehr als die Hälfte des Polizeibudgets für rein militärische Ausgaben bestimmt sei. Was ja immerhin etwas anderes ist. Indem man aber durch die Weglassung des einzigen kleinen Wortes „Polizei“ die ganze Behauptung zu einer lächerlichen Uebertreibung macht, hat man die Möglichkeit, allen anderen Feststellungen, und seien sie noch so sachlich, zu diskreditieren und dem Vorwurf lächerlicher Uebertreibung auszusetzen. So „widerlegt“ man alles, führt es ad absurdum durch einen „kleinen Schwinkel“. Eine bekannte, aber immer wiederholte Methode.

In der Berliner Universität:

Hakenkreuz-Krawalle

Proletarier, schafft den roten antifaschistischen Block!

Berlin, 21. Januar.

Die faschistischen Horden der Konterrevolution werden täglich frecher. Vorgeatern der planmäßig organisierte Ueberfall in Reinickendorf, bei dem zwei Menschenleben auf der Strecke blieben — heute ein unerhörter nationalsozialistischer Krawall in der Berliner Universität. Aus all diesen Vorgängen muß das Proletariat endlich die Konsequenzen ziehen: es muß die von der Sozialistischen Arbeiterpartei unermüdlich propagierte rote Einheitsfront gegen den Faschismus formieren. Es gilt, jeden Tag, der dem Sozialismus in der Bourgeois-Republik zur öffentlichen legalen Propaganda bleibt, auszunutzen im Sinn der revolutionär-proletarischen Einigung. Nur so wird es der deutschen Arbeiterschaft möglich sein, den Sieg der faschistischen Bluthorde zu verhindern und die sozialistische Gesellschaft zu organisieren!

Ueber die Hakenkreuzexzesse in der Berliner Universität berichtet ein Augenzeuge der „SA“:

Die Provokationen, die an der Berliner Universität am Dienstag durch Hissen einer Hakenkreuzfahne begonnen wurden, stellen sich nun als Einleitung einer größeren Aktion gegen linksgerichtete Studenten heraus.

Am Mittwoch, vormittags um 11 Uhr, sammelten sich, wie üblich, die Studenten im Vestibül der Universität. Besonders zahlreich waren die nationalsozialistischen und korp-

rierten Studenten vertreten, die, wie beobachtet wurde, planmäßig ins Vestibül dirigiert wurden. Aus der Ecke, in der sich die Nationalsozialisten zu sammeln pflegen, ertönte plötzlich der Ruf: „Kommilitonen, alle herkören!“ Im Anschluß daran wurde im Sprechchor gebrüllt: „Deutschland erwache!“ Das war das Signal der Nationalsozialisten, auf die linksgerichteten Studenten zu stürmen und diese mit Fäusten und Füßen zu bearbeiten.

Mit größtem „Heldenmut“ stürzten sich 150 bis 200 „arische“ Jünglinge auf 20 bis 25 sozialistische Studenten.

Ihr Schlachtruf war: „Juden raus!“

Die bedrängten Studenten stimmten die Internationale an und versuchten sich, so gut es ging, gegen die erdrückende Uebermacht zu verteidigen. Sie wurden in einer Ecke abgeriegelt. Die vordersten Leute der Hakenkreuzler schlugen wie wild zehn Minuten lang auf sie ein. Die Nazis erhielten fortwährend Zuzug, so daß der Kampf der kleinen Gruppe, die sich mit Bravour zur Wehr setzte, aussichtslos wurde.

Da endlich ließen sich die Pedelle der Universität sehen, um einzugreifen. Sie waren gegen die Meute der Nazis machtlos und beschränkten sich darauf, die Leute zu suchen, welche die Internationale gesungen hatten.

Die Schlägerei setzte sich fort, bis in letzter Minute drei Schupobeamte eingriffen. Mit unverständlicher Langmut ersuchte der persönlich erschienene Rektor „die Herren Kommilitonen“, doch das Vestibül zu verlassen. Die Antwort der Nazis an „Seine Magnifizenz“ war Gejohle und Hohngelächter, und

die Forderung, daß erst die „Juden“ raus müßten. Die Ansammlungen dauerten den ganzen Vormittag an.

Wie wir erfahren, handelt es sich um einen planmäßig organisierten Ueberfall.

Unter den Linden hatte der Führer der nationalsozialistischen Studenten, Schäfer, Stellung bezogen, und leitete die Aktion. In der Dorotheenstraße stand eine Radfahrgruppe der SS (Nat.-Saz. Kampfformation) mit gezückten Photoapparaten, um möglichst schnell die Bilder vom neuesten „Kriegsschauplatz“, dem „Illustrierten Beobachter“ zu übermitteln.

Im Vestibül stand, als die Schlägerei im vollsten Gange war ein Nazistudent mit einem Photoapparat auf einer Säule, und knipste mit Feuereifer.

Die Nationalsozialisten schlugen auf Anhänger der KPD, SPD, SAP und Partei-lose ein.

Sie fragten nicht nach dem Mitgliedsbuch. Mit „arischem Haß“ bezeichneten sie alles, was nicht zu ihnen gehörte, als „Juden“, „Schweinehunde“, „Verräter“, „Rindvieh“, „Säue“ und dergleichen. Sie wollten wahrscheinlich ihr nationales Bildungsllexikon in die breitere Oeffentlichkeit bringen.

Bedauerlich ist, daß gegenüber der geschlossenen Phalanx der „nationalen“ Studenten

die sozialistischen Studenten noch immer nicht zu einer geschlossenen Abwehrfront geeinigt haben,

obwohl sich, wie auch heute, immer wieder zeigt, daß im Ernstfalle die Gegensätze verschwinden vor der elementaren Notwendigkeit, sich seiner Haut zu wehren.

Gezesinskis-Polizei kann nicht mehr vertuschen:

Die Schuld der Nationalsozialisten

Eine amtliche Erklärung zu dem Ueberfall auf Laubenkolonie „Felsenack“

Die Vertuschungsversuche, durch die von amtlicher und anderer Seite versucht wurde, die Schuld an dem nationalsozialistischen Ueberfall in Berlin-Reinickendorf auf die Kommunisten abzuschieben, sind kläglich gescheitert. Jetzt muß selbst das Berliner Polizeipräsidium in einer amtlichen Erklärung folgendes feststellen:

„Die Ermittlungen der Polizei über die Vorgänge in der Kolonie „Felsenack“ in Berlin-Reinickendorf, die zwei Todesopfer forderten, haben ergeben,

daß die politische Schuld auf Seiten der Nationalsozialisten liegt.

Im Restaurant „Bergschloß“ in Waidmannslust fand am Montagabend eine Mitglieder-versammlung von fünf SA-Stürmern unter Leitung des Sturmbannführers Schulz statt, die als geschlossene Versammlung der Anmeldung nicht bedurfte und auch der Ueberwachung nicht unterlag. Anwesend waren über 200 Mann. Nach Schluß der Versammlung haben sich etwa 150 Mitglieder der Stürme, die in Waidmannslust, Hermsdorf, Frohnau, Tegel, Reinickendorf und Wittenau wohnen, nicht auf dem kürzesten Wege nach Hause begeben, sondern sie sind vielmehr in losen Gruppen die Graf-Röders-Allee und die Flottenstraße entlanggezogen und haben von dort einen Feldweg benutzt, auf dem sie nach Schönholz gelangten. Dann zogen sie den Schönholzer Weg entlang durch die Kolonie „Felsenack“.

Ganz offenbar hat das provozierende und bedrohende Auftreten der Nationalsozialisten zu dem Zusammenstoß, zur Schießerei und zur Schlägerei in der Straße geführt.

Wen die kriminelle Schuld an dem Totschlag des SA-Mannes Schwartz und des Kommunisten Klemke trifft, wird die gerichtliche Voruntersuchung zu klären haben, für die bereits der Untersuchungsrichter bestellt wurde.“

Unter Hinweis auf eine von der Polizei angefertigte Skizze des Tatortes wird dann weiter erklärt: „Die Zeichnung läßt erkennen, daß die Nationalsozialisten nicht den kürzesten Weg zur Heimkehr erwählt haben; vielmehr läßt der zurückgelegte Weg erkennen, daß

andere Absichten bei den Nationalsozialisten maßgebend gewesen sein müssen.

Von den 49 im Schönholzer Weg festgenommenen Nationalsozialisten wohnen in Wittenau fünf, in Tegel zehn, in Hermsdorf fünf, in Waidmannslust sechs, in Frohnau vier, in Heiligensee zwei, in Lübars drei, in Rosenthal einer, in Borsigwalde einer, in Reinickendorf-West sieben und in Reinickendorf-Ost, also in dem Ort, an dem sich der Vorfall abspielte, drei Mann.“

Die Berliner Pressekorrespondenz, die diese Erklärung bringt, fügt hinzu:

„Soweit die amtliche Erklärung, in der leider nichts von der Tatsache gesagt wird, daß dieser geschlossene Abmarsch von der Versammlung, der wegen des Demonstrationsverbotes gar nicht hätte geduldet wer-

den dürfen, obendrein noch polizeilich gesichert wurde. Außerdem wird noch zu klären sein, weshalb die zuständige Stelle im Polizeipräsidium

am Dienstag morgen und vormittag auf Anfrage immer wieder erklärte, daß es sich um einen kommunistischen Ueberfall auf Nationalsozialisten gehandelt habe.

Eine andere Darstellung, die von Bedrohungen der Kolonisten durch die Nationalsozialisten sprach, wurde ausdrücklich als unzutreffend bezeichnet. Die Wahrscheinlichkeit, daß es sich um in Reinickendorf-Ost wohnende Versammlungsteilnehmer handelte, wurde noch durch die — am Nachmittag von der Polizei selbst wieder dementierte — Mitteilung erhärtet, daß die Nationalsozialisten aus Furcht vor politischen Ueberfällen polizeilichen Schutz erbeten hätten und daß dieser ihnen auch gewährt worden sei.“

Die falsche Darstellung der Polizei wird hier ausdrücklich festgestellt. Von ihr ausgehend hat auch der größte Teil der bürgerlichen Presse am Dienstag und Mittwoch ein wütendes Geschrei über den angeblichen kommunistischen Ueberfall erhoben. Die Häufung der Tatsachen, die das Gegenteil erwiesen, war jedoch so gravierend, daß die Polizei sich jetzt selbst widerlegen muß. Ein wichtiges Beispiel politischer Berichterstattung ist damit wieder einmal gegeben. Auch jetzt noch spricht der Polizeibericht von einer sogenannten „politischen Schuld“ der Nazis, während doch klar und eindeutig festgestellt ist, daß sie die Heimsuchung und Strafexpedition und damit die Ermordung von Arbeitern gewollt haben.

Der Reinickendorfer Vorstoß ist von uns sofort als Beginn einer neuen aktiven Terrortätigkeit der nationalsozialistischen Sturmtrupps gewertet worden. Die Vorgänge an der Berliner Universität zeigen ebenfalls, daß die Nazis zu neuen Taten übergehen. Die Schaffung der antifaschistischen Einheitsfront im Kampfe gegen die faschistische Pest ist eine dringende Notwendigkeit. Die Berliner Arbeiter müssen durch Werbung und Entfaltung der Massenaktivität ihre Gegenmaßnahmen treffen, bevor es zu spät ist.

Die Berliner Polizei auf dem Kriegspfad

Berlin, 21. Januar.

Die „Rote Hilfe“ veranstaltete am Mittwoch abend im „Ledigenheim“ in der Pappel-Allee eine Protestkundgebung, die sich gegen den nationalsozialistischen Ueberfall auf die Kolonie „Felsenack“ richtete. Der Hauptreferent protestierte zunächst da-

„Nationalsympathischer“ Gesandter

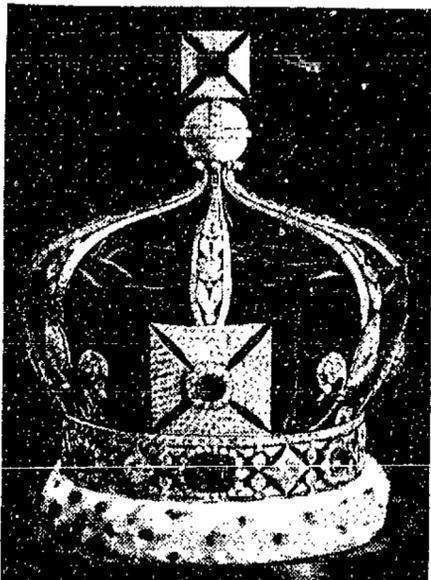
An Nazihetze gegen Brüning beteiligt

Holländische Zeitungen veröffentlichen einen Bericht über eine Rede, die der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Niels in Amsterdam gehalten hat. Nach dem Bericht handelt es sich um eine der üblichen nationalsozialistischen Hetzreden, die in dem Schluß gipfelte: Das deutsche Volk hat kein Vertrauen mehr zu Brüning; es hat allein Vertrauen zu Adolf Hitler.

Unter den Personen, die dieser Versammlung beiwohnten, wird der deutsche Gesandte in Holland genannt.

Der deutsche Gesandte, Graf Zech-Burkersroda, scheint als deutscher diplomatischer Vertreter nicht die geringsten Bedenken gegen jene Rede zu hegen.

Sorgen eines Monarchen



Zeitungsmeldung: „Die kostbare Krone des englischen Herrschers Georg V. ist jetzt auf Wunsch des Königs in Reparatur gegeben worden, da dieser, als er sie zuletzt bei Eröffnung des Parlaments getragen hatte, über Schmerzen am Kopf klagte, die Unebenheiten am Rande der Krone zugeschrieben werden. Der königliche Schmuck, der einen unermeßlichen Wert darstellt, wurde unter scharfer Bewachung einem Hofjuwelier zur Ausbesserung übergeben.“
Hoffentlich werden sich solche Sorgen auch in England bald erübrigen.

Die verschneite Stadt

Teheran, 21. Januar

Die ganze Bevölkerung der Stadt Hamadan ist durch riesigen Schneefall in ihren Häusern eingeschlossen. Die Straßen der Stadt sind vollkommen verschneit. Die Geschäfte, Schulen und Aemter sind geschlossen. Nach den letzten Berichten schneit es weiter.

Starker Nebel über der Nordseeküste

Emden, 21. Januar

Seit Mittwochabend liegt über der ostfriesischen Nordseeküste und der Ems dichter Nebel, so daß die Schifffahrt eingestellt werden mußte. Es gelang lediglich einem griechischen Dampfer, der mit Getreide nach Emden bestimmt war und den der Nebel in der Schleuse überraschte, an seinen Liegeplatz zu kommen. Auch über den Verkehr zwischen Borkum und dem Festlande vermittelte, seine Ausreise von Borkum nicht antreten konnte.

Rußlands Petroleumaubente

TU. Moskau (über Kowno), 21. Jan.

Wie die Blätter nach amtlichen Angaben mitteilen, beträgt die Petroleumaubente im Jahre 1931 22 Millionen Tonnen gegenüber 17 Millionen Tonnen im Vorjahr. 20 Millionen Tonnen sind in Nebenprodukten verarbeitet worden, 1930 nur 16 Millionen Tonnen. Die Benzinerzeugung ist im verflossenen Jahr um 40 vH gestiegen.

Und die Reichsbannerarbeiter?

Höltermann engagiert Goethe

Eiserne Front für nationales Deutschland

Folgender Schreibbrief grassiert in Deutschland:

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand.

Werte Gesinnungsfreunde!

Betrifft: Weimar 1932.

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, im nächsten Jahre im Rahmen des Goethejahres

das 2. Bundes-Jugend-Treffen

und zwar in der Zeit vom

29. bis 31. Juli

in Weimar durchzuführen. Die Veranstaltung steht unter der Parole:

Für Vernunft und Wahrheit, für deutsche Einheit und ein Weltbürgertum.

Wir bitten Sie höflichst, zu prüfen... etc.

Mit Bundesgruß Frei Heil!

i. A.: Pape.

Vor kurzem hat man im Rundfunk den großen Goethe als einen der Stammväter des nationalen Deutschland bezeichnet. Mit Recht.

Da nun gegenwärtig das große Wettlaufen zwischen schwarzweißroter und „eiserner“ Front stattfindet, in dem entschieden werden soll, wer die nationalen Profitinteressen am besten vertritt, versucht natürlich jeder der Beteiligten, sich den Geist des großen Ahnherren rechtzeitig zu sichern.

Nun macht der militärische Oberbefehlshaber der „Eisernen Front“, der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dem Geist Goethes einen Engagementsantrag, zu dem er als Gegenleistung verspricht, das republikanische Jungbanner zu Ehren Goethes marschieren zu lassen.

Diese militärische Situation der „Eisernen Front“ hat nun aber Goethe schon seinerzeit ganz treffend skizziert:

Obergeneral:

„So trete denn der rechte Flügel an! Des Feindes Linke, eben jetzt im Steigen, Soll, eh sie noch den letzten Schritt getan, der Jugendkraft geprüfter Treue weichen.“

(Faust, II. Teil.)

Besser kann das Höltermann auch nicht sagen.

Und auch Engelbert Graf und seine SPD-Linken sind nicht zu kurz gekommen:

Haltefest (tritt vor):

„Dem linken Flügel keine Sorgen, Da, wo ich bin, ist der Besitz geborgt!“

In ihm bewähret sich der Alte, Kein Strahlblitz spaltet, was ich halte!“

(Faust, II. Teil.)

Da brauchen wir anderen weiter nichts zu sagen.

R. B.

Der Vertreter der Nebenkläger spricht

Im Calmette-Prozeß

Lübeck, 21. Januar

Am Donnerstag hielt unter außerordentlich starkem Andrang des Publikums der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Wittern, sein Plädoyer. Er führte einleitend aus, daß die Nebenkläger, d. h. die Angehörigen der erkrankten und gestorbenen Kinder, nicht die Absicht hätten, Anträge auf Zahlung einer Buße zu stellen. Der Staatsanwaltschaft müsse der Vorwurf gemacht werden, daß sie nicht am 16. Mai 1930 alles getan habe, um eine restlose Aufklärung der Katastrophe zu ermöglichen. Erst am 8. Oktober 1931 sei „Virulenz“ in die Staatsanwaltschaft gekommen, indem sie auf Grund der Notverordnung das Verfahren in die zweite Instanz, die Große Strafkammer, versetzt habe.

Dr. Wittern erklärte, er sei auf Grund des Studiums der Calmette-Literatur zu der Überzeugung gekommen, daß Calmette nicht jener große Mann sei, für den man ihn halte. Was die Angeklagten auf die Anklagebank gebracht habe, sei die Massensuggestion. Hierunter hätten auch die Angeklagten gelitten, die das Beste gewollt hätten. Sie seien einem Großen nachgelaufen, ohne seine Arbeiten näher zu prüfen.

Der vierte Tote von Karsten-Zentrum geborgen

Beuthen, 21. Januar.

Im Laufe des gestrigen Abends gelang es den Rettungsmannschaften der Karsten-Zentrum-Grube, den vierten Toten der Katastrophe vom 4. Januar zu bergen. Es ist der Häuer Paul Schmidt aus Beuthen, verheiratet und Vater von vier Kindern. Schmidt war der älteste der auf Karsten-Zentrum verschütteten 14 Bergleute. Auch er muß sofort tot gewesen sein, da man ihn erst nach stundenlanger, mühevoller Aufräumarbeit aus den Schuttmassen herausholen konnte. Die Suche nach den nun noch vermißten drei Bergleuten geht unaufhaltsam weiter.

Die Wiener „Doktorfabrik“

Ein Fehlgriff der Polizei.

Wien, 21. Januar.

Mitte November v. J. wurde ein von Polizeiseite stammender Bericht veröffentlicht, in dem die Polizei sich über die angebliche Aushebung einer „Doktorfabrik“ in Wien verbreitete. Nachdem die im Bericht genannten zwei Schriftsteller sofort nach der ersten gerichtlichen Einvernahme auf freien Fuß gesetzt worden waren, ist nunmehr von der Staatsanwaltschaft das Verfahren mangels strafbaren Tatbestandes überhaupt eingestellt worden.

Hanussens Heldenpose

Der bekannte Berliner „Hellscher“ Jan Erik Hanussen stand vor dem Berliner Arbeitsgericht wegen finanzieller Differenzen mit seinem früheren Manager Dr. K. Rosner.

Hanussen, der seine Sache selbst vor Gericht vertrat, hatte von seinem Manager eine Tournee inszenieren lassen, an der er für seine Tätigkeit an den Einnahmen beteiligt werden sollte. Nach Auflösung des Vertragsverhältnisses machte Dr. Rosner noch einen Anspruch von 900 Mark geltend, die ihm angeblich noch zustanden und die er schließlich an einen Dritten zederte. Dieser verklagte nun Hanussen vor dem Arbeitsgericht auf Zahlung der Summe. Nach langwierigen Vergleichsverhandlungen bei einem früheren Termin, die aber scheiterten, führte das Gericht durch Vernehmung von sieben Zeugen eine Beweiserhebung durch. Noch vor Eintritt in die Verhandlung aber einigten sich die Parteien überraschenderweise. Hanussen, der vielleicht auf Grund seiner Sehergabe eine Verurteilung vorausschaute, verpflichtete sich, im Vergleich 375 Mark zu zahlen, allerdings nur unter der Bedingung, daß die erschienenen Zeugen auf Gebühren verzichteten. Einer der Zeugen wollte aber sein Zeugengeld, einen Betrag von 4 Mark, unbedingt haben. Als der Vorsitzende Hanussen fragte, ob er nicht diesen geringen Betrag zahlen wolle, erklärte dieser, daß er lieber 100 Mark für notleidende Arbeiter geben würde, als die Zeugengebühr. Der Zeuge verzichtete schließlich, der Vorsitzende nahm aber Hanussen beim Wort, der dann auch prompt 100 Mark auf den Gerichtstisch legte, die der Winterhilfe überwiesen werden.

Mussolini bewacht die Schallplatten

Bei den Zollbehörden an der italienischen Grenze werden neuerdings die Schallplatten auf ihren Inhalt hin mit großer Aufmerksamkeit geprüft. Diese Maßnahme machte sich erforderlich, nachdem bereits in mehreren Fällen versucht wurde, Schallplatten mit revolutionärem Text über die Grenze hinüberzuschuggeln. Vielfach begannen diese Platten mit einigen Jazzrhythmen, die dann plötzlich abbrachen. In vielen Fällen hörten sich die prüfenden Beamten nur die ersten Takte dieser Platten an und gaben sie dann frei, während die nachfolgende Rede des verpönten Revolutionärs unentdeckt blieb.

Bluttat in Bukarest

Bukarest, 21. Januar.

In ihrer Wohnung in einem der verkehrsreichsten Viertel der Stadt wurden heute der pensionierte Generaldirektor des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Ingenieur Dumitrescu, und seine Tochter ermordet aufgefunden. Die Köpfe der Opfer waren vollkommen zerschlagen und an der Leiche des Mädchens wurden auch mehrere Stichwunden entdeckt. Auf dem Schreibtisch wurde ein Zettel gefunden mit den Worten: „Bemüht euch nicht mit den Nachforschungen. Unsere Herren haben wir, Vasilie und Eugenie, ermordet.“ Die Unterzeichner sind der Diener und die Dienerin der Ermordeten, die nach Aussagen des Portiers das Haus bereits am Montag früh verlassen haben und seither verschwunden sind. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß die Mordtat bereits in der Nacht von Sonntag auf Montag begangen wurde.

Maria Leitner HOTEL AMERIKA

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

27. Fortsetzung

Seitdem sie keine Zähne mehr hat, ißt sie im Speiseraum hauptsächlich nur noch die Kartoffeln. Sie kratzt die Pelle, dann bricht sie ein Stück von der Kartoffel, zerdrückt es zwischen zwei Fingern und schiebt es in den zahnlosen Mund.

Heute aber, nachdem sie den ersten Bissen verschluckt hat, läßt sie die Kartoffel auf den Tisch fallen und wendet sich gleich einer anderen zu. Aber die ist innen bläulich, es lohnt sich nicht, sie erst zu versuchen. An der dritten riecht sie aufmerksam, auch die ist schlecht.

Sie ist die erste, die es feststellt: die Kartoffeln sind faul.

Inzwischen wird der Raum immer voller, die Frauen kommen mit ihren Kartoffeln. Man schält sie, während die immer gleichen Witze, die bei dieser Gelegenheit üblich sind, die Runde machen.

„Das ist doch das einzige Gericht, das unsere Köche zubereiten verstehen.“

„Wißt ihr, warum man die Haut der Kartoffel abziehen kann?“

Die Fragenden warten meist auf keine Antwort und sagen gleich lachend:

„Damit auch die Armen jemandem die Haut abziehen können, das ist doch klar.“

Aber die Witze hören auf, sobald sie in die Kartoffeln beißen.

„Heute schmeckt ja nicht mal dieses Zeug.“

„Das sind keine Kartoffeln, das sind Stinkbomben.“

„Man verwechselt uns mit Schweinen.“

„Wieso? Die haben wahrscheinlich uns diese Kartoffeln übriggelassen.“

Der Lärm wird immer größer. Es ist ein anderer als sonst, nicht das allgemeine Gemurre, das gewöhnlich menschenvolle Räume erfüllt. Heute ist er schärfer, schriller und lockt auch die Leute aus anderen Sälen herbei.

Es kommen die Negerinnen und halten gleichfalls Kartoffeln in den Händen. Auch sie haben keine besseren bekommen.

Es kommen einige Haushälterinnen, die wie aufgeschreckte Hühner von einer Gruppe zur anderen hüpfen und zu beschwichtigenden versuchen. Sie wissen selbst nicht, ob es besser sei, den aufgeregten Frauen rechtzugeben oder die Tatsache, die Kartoffeln seien faul, zu leugnen.

So sagen sie unverbindliche Worte mit freundlicher Miene, wie:

„Freilich, freilich.“

„Immer nur die Ruhe.“

„Das beste ist, sich nicht aufzuregen.“

Sogar Männer erscheinen jetzt im Speiseraum der weiblichen Angestellten.

Diese Männer gehören gleichfalls zu den Angestellten der untersten Stufe und auch sie haben Pellkartoffeln erhalten, die ihnen wenig schmackhaft erschienen. Nur hatten sie anfangs diese Tatsache gleichgültiger als die

Frauen aufgenommen. Erst als sie von der Aufregung bei den Frauen erfuhren, wurden auch sie widerspenstig, begannen Krach zu schlagen und machten sich, reich mit den schlechten Kartoffeln ausgestattet, auf den Weg in dem Speiseraum des weiblichen Personals.

Im Speiseraum ist es schon voll, die Leute sitzen dicht gedrängt nebeneinander. Die Männer schlürfen die Suppe, ohne viel darüber nachzudenken, was sie essen; sie sind, wenn sie Hunger haben, weniger wählerisch als die Frauen.

Fritz aber wird es ganz übel in der ungewohnten Luft, er wird hin und her geschoben und findet keinen Platz.

Er hält Umschau nach dem Gemüseträger, von dem August gesprochen hat. In dem Gewoge von Menschenkörpern und Köpfen ist es aber schwer, einen einzelnen zu entdecken.

Man weiß nicht, wie die Kunde von den Ereignissen im Speiseraum des weiblichen Personals nach unten gedrungen war. Wahrscheinlich erzählte davon einer der Speiseträger. Kaum ist die Nachricht bekannt geworden, lassen viele ihre Speisen stehen und ziehen nach oben.

Und hier, vor dem Eingang, trifft Fritz mit dem Gemüseträger, den er vorhin vergeblich gesucht hatte, zusammen.

Er erkennt ihn sofort und spricht ihn an. Fritz möchte einen Kameraden haben, der ihm in diesem Chaos einen Weg weisen könnte. Es ist nicht leicht, sich hier zurechtzufinden.

Der Gemüseträger gibt ihm gern Auskunft.

„Es ist bisher noch nicht viel geschehen, um die Leute einander näher zu bringen. Die meisten würden noch nicht einmal zugeben, daß man sich zusammenschließen muß, um etwas zu erreichen.“

„Aber heute geht es ja ganz toll zu.“

„Toll geht es schon manchmal zu, aber es ist immer nur Strohhfeuer. Wenn es darauf

ankommt, ihnen begreiflich zu machen, daß nur durch Ausdauer und Organisation etwas zu erreichen ist, rücken sie einfach aus. Das kommt davon, weil wir hier alle so provisorisch leben und wenn wir auch fünfzig Jahre ein und dasselbe tun. Alle glauben, morgen beginnen sie was anderes, fahren womöglich zurück in die Heimat oder eröffnen ein Geschäft und werden reich. Keiner will es wahr haben, daß er doch gezwungen wird, denselben Dreh sein ganzes Leben lang zu machen.“

Der Speiseraum ist jetzt gedrängt voll. Man sieht fuchtelnde Arme, aufgerissene Münder, diskutierende Gruppen.

Fast niemand sitzt an den Tischen. Zu den wenigen gehört Patrizia. Ihr Dutt ist verrutscht; sie hat die Brille aufgesetzt und versucht nun mit großer Geduld genießbare Kartoffeln herauszufinden. Sie prüft jede einzelne sehr aufmerksam, berichtet sie, bevor sie dann sehr vorsichtig eine kostet.

Die Stimmung wird immer lebhafter; es ist etwas Neues, daß hier im Speiseraum Frauen und Männer, Schwarze und Weiße zusammentreffen.

Besonders die Jugend findet es unterhaltend, so zusammenzustehen und zu schimpfen.

Fritz entdeckt auch Shirley, die zu jenen gehört, die am lautesten ihre Klagen vorbringen. Sie zählt, trotz ihrer Jugend, zu den „Alten“; so werden alle genannt, die schon seit einer Reihe von Jahren im Hotel arbeiten. Sie war noch ein Kind, als sie hier zu arbeiten begann.

Shirley gefällt Fritz jetzt besser, als vorhin in der Küche. Sie vergißt ganz, die Hochmütigen zu spielen.

„Nun, siest du, ich habe doch vorhin richtig geahnt, wir würden uns noch heute mittag treffen und wieder sprechen.“

Shirley erinnert sich sofort ihrer hochfliegenden Pläne und wendet sich von Fritz ab.

(Fortsetzung folgt)

Ein sozialdemokratisches Kleinbüchlein

Alfred Grotjahn. Erlebtes und Erstrebt. Erinnerungen eines sozialistischen Arztes. (Verlag F. A. Herbig, Berlin, 1932.)

Prof. Grotjahn, der Begründer der Sozialhygiene in Deutschland, starb vor wenigen Monaten. Seine gründlichen Arbeiten über den „Alkoholismus als Gesellschaftsercheinung“, „Wandlungen der Volksernährung“, „Soziale Pathologie“ haben weiteste Beachtung über die Fachkreise hinaus gefunden. Der sozialistische Politiker Grotjahn, der einige Jahre hindurch Reichstagsabgeordneter der SPD war, fand vor allem mit seiner Forderung der Aufrechterhaltung des brüchigsten § 218 und seiner Stellungnahme zur Bevölkerungspolitik schärfste Ablehnung. Nur die Reaktionen führten den „Sozialisten“ Grotjahn gern als Kronzeugen an.

Kürzlich ist das vorliegende Erinnerungsbuch erschienen, das Grotjahn 1927 im wesentlichen abgeschlossen und kurz vor seinem Tode ergänzt hat. Seine Erfolge als Wissenschaftler auf dem Gebiete der Hygiene sollen hier nicht näher betrachtet werden, wohl aber seine Rolle als Sozialdemokrat. Schon in der frühen Studentenzeit, als er sich mit der sozialistischen Gedankenwelt vertraut macht, zeigt er Abneigung gegen den Klassenkampfstandpunkt und die materialistische Geschichtsauffassung.

In einem Kapitel „Der rote Salon“ beschreibt Grotjahn die wöchentlichen Diskussionsabende, die der Privatdozent und Physiker Leo Arons in seiner Wohnung zu veranstalten pflegte. Eingeführt durch Georg Ledebour, den er trotz der Ablehnung seiner politischen Anschauungen als ungewöhnliche und starke Persönlichkeit schildert, lernt Grotjahn dort v. Vollmar, Ed. Bernstein, Robert Schmidt, Arno Holz, Wilh. Bölsche und viele andere kennen. Die revisionistische Richtung, die in diesem Kreise vorherrschte, war dem Verfasser zu schwach und zaghaft gegenüber dem energischen radikalen Flügel. Damals durften Mitglieder der Partei nicht an der bürgerlichen Presse mitarbeiten und „Sozialisten“, die zum Beispiel Kolonialpolitik propagierten, flogen im Bogen aus der Partei heraus. Das erschien Grotjahn so unerträglich, daß er für viele Jahre die Partei verließ.

Sein politisches Interesse wurde erst in den Kriegstagen wieder lebendig, wo die SPD unter Führung Ebert-Scheidemann nach der Meinung des Verfassers wieder „richtige Politik“ machte. Die Rolle seines Jugendfreundes Südekum als freiwilliger Regierungskommissar und Agent des Auswärtigen Amtes wird dargestellt. Interessant ist die Schilderung solcher Parteifreunde wie Göhre, der sich mit seinen 50 Jahren sofort zum Eintritt in das Heer meldete. Er konnte seine Einberufung gar nicht erwarten. An glühenden Patrioten war jetzt selbst nach des Verfassers Meinung in der Sozialdemokratischen Partei kein Mangel.

Begeistert über die Haltung der Mehrheitssozialisten nach dem Kriege trat Grotjahn 1919 wieder der SPD bei und ist bis zum Tode Mitglied geblieben. Ein Jahr später (1) hat ihm der Parteivorstand auf der Reichsliste zu einem Reichstagsmandat verholfen. Diese Tätigkeit ist ihm eine Erinnerung an unzählige Stunden bleierner Langeweile, nur unterbrochen durch Tage unbeschreiblicher Aufregung. So wird die Sitzung nach der Ermordung Rathenaus lebendig und plastisch geschildert. Als ein besonderes Unglück für die politische Entwicklung betrachtet Grotjahn die Vereinigung der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen. Ihr schreibt er die mangelnde Einordnung der SPD in den Staatsbetrieb zu. Die Partei ist ihm noch nicht staatsbejahend genug. Deshalb hat er mit Ed. David und einigen anderen mit Schaudern sich gegen die neue „Radikalisierung“ der Partei gewandt. Dabei sind doch die Führer der USP so brav und treu an die Seite der „verantwortungsbewußten“ SPD-Führung gerückt.

Das Schlußkapitel des Buches ist das Selbstbekenntnis Grotjahns, daß sein Sozialismus nicht aus Klassenhaß geboren sei, treu sei er stets dem „Sozialismus aus Glaube, Liebe und Hoffnung“ geblieben. Als kleinbürgerlicher Illusionist stellt er sich den Verlauf der gewaltigsten sozialen Revolution in ruhigen, würdigen Formen, langweilig und pedantisch vor. Mit dieser Liebe und dem gefühlvollen Herzen verliert er sich in sentimentalen Deklamationen. Sie schaffen aber nicht die nötige Tatkraft zur Beseitigung dieser auch von Grotjahn erkannten Welt von Elend, Ausbeutung und Unterdrückung.

Ewald Fabian.

Das andere Frankreich

Von Walter Heist

Paul Morand war es wohl, der einmal sagte, das Ausland suche, wenn es französische Literatur lesen wolle, solche Autoren wie Morand, Maurais, Benoit, Giraudoux, Mauriac usw., mit einem Charles-Louis Philippe dagegen wisse es nichts anzufangen. Wenn man diesen Ausspruch nicht dahin interpretiert, daß man im Ausland die große Kunst eines Philippe nicht zu schätzen vermöge, enthält er eine unbestreitbar richtige Beobachtung. Wenn man nämlich durchsieht, was z. B. in Deutschland an französischer Literatur übersetzt und gelesen wird, heben sich zuvorderst die Genannten heraus. Sie repräsentieren vor einem großen Teil des deutschen Publikums die gute französische Literatur. Daneben haben bei den literarisch exklusiver Gerichteten Proust, Gide und Valéry ihren Rang, und für die Quantität werden die Schmöker der Dekobra und Vautel übersetzt, die aber hinter ihren englischen Konkurrenten an Erfolg zurückbleiben. Lassen wir die gleichfalls viel übersetzten Romain Rolland, Henri Barbusse, Georges Duhamel außer Betracht, da hier vor allem politische und verwandte Gründe mitspielen, so sind die Masse der übersetzten Franzosen, also die Morand usw., die Proust usw. die typisch großbürgerlichen Autoren, während die Dekobra und Co. den Massenschund für den Spießbürger stellen. Da man den nicht mitzurechnen pflegt, wenn man von der französischen Literatur spricht, so bleibe als Feststellung: Das, was wir als die französische Literatur im Ausland offeriert erhalten, und was wir als die französische Literatur annehmen, ist im wesentlichen die großbürgerliche Gruppe der französischen Gesamtliteratur. Sie ist es, von der Morand meint, daß man sie von den Franzosen als ihren charakteristischen Beitrag zur Weltliteratur erwarte, und sie ist es, die er in Gegensatz zu Philippe setzt, dessen Art im Ausland nicht gefragt sei.

Zwar ist gerade Charles-Louis Philippe derjenige Vertreter der „unbefragten“ Franzosen, der auch seinen Weg ins Ausland, vor allem nach Deutschland, gefunden hat, aber er ist der einzige seiner Art, und ihn trugen besondere Gunststände — etwa eine scheinbare Verwandtschaft mit der deutschen „Heimatliteratur“, deren Verleger Fleischel ihn vor dem Krieg in Deutschland einführte, daneben ästhetische Sonderzüge, für die gerade das Ausland empfänglich war —, so daß die Tatsache seines vielfachen Uebersetztesins kaum gegen Morands zitierte Ansicht spricht. In der Tat übersetzte man ihn nicht und liest man ihn vor allem nicht als „französische Literatur“, sondern als einen recht einzigartigen Dichter, dessen Existenz niemandem hindert, unter dem Begriff „französische Literatur“ Vorstellungen zu verbinden, in die er nie hineinpaßt. Wer aber ist Charles-Louis Philippe im Rahmen der französischen Gesamtliteratur? Er ist, in großen Zügen gesehen, der erste Vertreter, der erste autonome Wortführer des proletarischen Frankreichs, worunter im weitesten Sinn natürlich nicht nur die Industriearbeiter zu verstehen sind, sondern alle, „die nicht von der Arbeit anderer leben, die unter der Last des Kapitals ebenso seufzen wie die eigentlichen Lohnarbeiter“. Des Frankreichs der „kleinsten Leute“, um es soziologisch ganz vorsichtig auszudrücken.

Mit dem Naturalismus war das Proletariat als Stoff endgültig in die Literatur eingedrungen. Der Naturalismus selbst war, aus dem Zusammenbruch der Romantik erwachsen, durchaus noch bürgerliche Literatur. Zola sah die Arbeiterwelt in ihrer gesellschaftlichen Rolle, er studierte sie und verhalf ihr, ohne daß er innerlich mit ihr verbunden war, zu dem Platz in der Literatur, der ihrem Platz in der Gesellschaft entspricht. Demgegenüber steht Charles-Louis Philippe als ganz anderer Typ. Er sagt von sich: „Barrès mußte nach Toledo und Venedig gehen, um seine Seele zu finden. Ich finde sie in dem Volke, das mich umgibt. Ich sagte ihm: Sie trennen die Menschen nach Nationen, während ich eine Trennung nach Klassen empfinde. Und so finde ich mich fremd der bürgerlichen Klasse und verbunden mit den Arbeitern aller Nationalitäten. Ja, ich fühle, so tief ich kann, die Leiden der ärmsten Klasse, und meine Seele kam mir ganz allein mit meinem täglichen Brot.“ Ein Mann, der sich so eins fühlt mit der Klasse der Arbeiter, muß anders schreiben als der gerechte Anerkennner ihrer Bedeutung. Mit einer solchen menschlichen Haltung muß eine andere literarische Welt auftreten. Charles-Louis Philippe ist keine vereinzelt Erscheinung. Um ihn lebt ein ganz anderes Frankreich.

Léon Cladel, der „Bauernschriftsteller“, der sich von den übrigen „Regionalisten“ nicht nur, wie in den Literaturgeschichten steht, durch seinen „originellen Stil“ unterscheidet, sondern auch durch einen anderen Grundzug, der ihn stark an die ländlich und städtisch proletarische Welt nicht nur in stofflicher Hinsicht fesselt, ist mit seinen Büchern „Les Van-pieds“, „Urbains et ruraux“ usw. unter die Vorläufer solcher Haltung zu zählen, in viel stärkerem Maße noch Jules Vallès, der genialische Schöpfer der „Jacques Vingtras“-Trilogie. Beide sind in Deutschland kaum dem Namen nach bekannt.

Mit Charles-Louis Philippe lebte und rang ein Lucien Jean. Die zarte, schlichte Marguerite Audoux errang mit ihren „Marie-Claire“-Romanen, in denen sie aus ihrem Leben als Waise im Waisenhaus, als Magd bei burgundischen Lehnbauern, als Näherin im großen Paris erzählt, sogar buchhändlerische Erfolge in ihrem Land — wer weiß in Deutschland davon? 1911 erschien in Frankreich der einzige Bauernroman vor den sowjetrussischen, der die proletarische Situation der Bauern herausarbeitet, ein Roman von dem machtvollen Geist eines Panferow, der die syndikalistischen Kämpfe burgundischer Lehnbauern gestaltet: Emile Guillaumin's „Le syndicat de Baignoux“ — unbekannt. Neel Doff, die die menschlich aufwühlendsten und künstlerisch stärksten Roman-Dokumente französischer Sprache der letzten zwei Jahrzehnte schuf: „Jours de détresse et de famine“ und „Keetje“, die kürzlich eine „Bauern erzählung“ herausbrachte, hinter der die ganze „Bauernliteratur“ schal bleibt: „Une fourmi ouvrière“, die vielleicht nur in einer Agnes Smedley ihre schreibende Geistesverwandte hat — sie ist noch nicht einmal dem Namen nach bekannt bei uns. 1926 erschien in Frankreich ein Roman „La Chair en Peine“, gar kein „außerordentlicher“ Roman, ein Kriegskrüppelroman, aber wer ihn gelesen hat, hat das Gefühl, in einer Welt menschlicher Größe und menschlichen Leides gelebt zu haben, die Saiten in einem berührt hat, die von „französischer Literatur“ nach allgemeiner Auffassung nicht angeschlagen zu werden pflegen. Wer kennt seinen Verfasser, Gabriel Reuillard, wer weiß, daß wir von ihm eine Reihe ganz einfacher, volkstümlicher und so ergreifender Romane wie „La Fille“, „Moeurs“ usw. besitzen, keine Genie-werke, aber Werke einer großen Menschlichkeit und eines Geistes, wie „man“ ihn in Frankreich nicht kennt. Wer weiß von André Chamsons einfach-grandiose Bericht vom Leben zweier Arbeiterfamilien in einer Cevennen-Kleinstadt, „Les hommes de la route“, in dem eines Ramuz' stilistische Größe ohne seinen Krampf zu sinnvoller Wirkung gelangt? Wer weiß, daß sich in den Jahren nach dem Krieg eine Arbeiterliteratur französischer Sprache entwickelt hat, zu der schon eine Reihe beachtlicher Namen zählen? Wer hat die Entwicklung eines Jean Toussoul verfolgt, von seinen ersten Erzählungsbänden aus dem belgischen Arbeiterleben „La mort de la petite Blanche“, „La maison perdue“ bis zu seinem Roman „Le village gris“, in dem ein uneheleches Steinhauserkind, dessen Vater vor seiner Geburt durch Unfall ums Leben kommt, die selten dicht gestaltete Welt des grauen Arbeiterdorfes erstet? Wer hat Lucien Bourgeois' autobiographischen Bericht vom Leben eines ungelerten Arbeiters in Paris, „L'Ascension“, und seinen außerordentlichen Novellenband „Faubourg“ gelesen? Wer kennt Auguste Brepsons, des Frühverstorbenen, Elendkindheitsgeschichte „Un gosse“? Wer kennt Henri Poulailles' rührende Kindergeschichten „Ames neuves“, die wie ein Andersenbuch für Proletarierkinder wirken? Wer kennt seinen kleinen Roman vom Untergang von vier Soldaten in einer Höhle, „Ils étaient quatre...“? Wer kennt Louis Guilloux' „La Maison du Peuple“, in dem in Form von Kindheitserinnerungen die Geschichte einer Arbeiterorganisation in einer bretonischen Kleinstadt wiedergegeben wird? Wer kennt Tristen Rémys' aufwühlenden Roman vom Zerfall der Arbeiterfamilie Grandjean und dem Untergang der ehemaligen Hure Alida Verbeke in der Pariser „Zone“: „Porte Clignancourt“? Wohl, Eugène Dabit hat man übersetzt, aber sah man in seinem „Hôtel du Nord“ nicht vor allem den interessanten Milieu- und Sittenroman? Edouard Peissons' „Hans le marin“ liegt ebenfalls in Uebersetzung vor: aber sah man hier nicht vor allem den sensationellen Stoff? (Wobei gerade Peisson sehr viel Routine aus der bürgerlichen Schule sich angeeignet hat.) Auch diese beiden Uebersetzungen lassen nicht vermuten, daß sie das Märchen von der französischen Literatur zerstören werden. Ja, die Aussichten hierzu erscheinen mir geringer denn je. Denn wie ist die Situation bei den in Betracht kommenden Instanzen?

Gehen wir die Publizisten durch, die für die Literaturvermittlung zwischen beiden Ländern im besonderen in Betracht kommen, so schalten von vornherein die aus, deren Haltung etwa mit der „Deutsch-französischen Rundschau“ übereinght. Dieser Kreis ist nichts anderes als ein Konversationszirkel für die großbürgerliche Literatur beider Länder nach dem Muster „Lobst du meinen Thomas Mann, dann lob' ich deinen André Gide“, und seine Vorkämpfer haben sozusagen ein berufliches Interesse daran, nur die französische Literatur zu kennen, als welche sie die bürgerliche offerieren. Von hier kann keine Klarheit und keine Aenderung erwartet werden. Eher müßten wir sie von jenen linken freien Publizisten erwarten, die meistens die besten Kenner eines anderen Landes zu sein pflegen. Aber bei ihnen ist wohl der Fall am häufigsten, daß sie, wenn sie eben noch die treffendste Darstellung der Lage der Liller Textilarbeiter gegeben haben, im nächsten Augenblick, wenn

„mal was Französisches“ lesen wollen, unweigerlich zu Morand und Giraudoux und der Colette greifen, weil auf dem Gebiet der Literatur sich niemand die Mühe nimmt, die überkommenen Vorstellungen zu revidieren, wie sie es mit den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Angelegenheiten auf Grund einer Tatsachenuntersuchung tun. Blieben also die Spezialisten für proletarische Literatur, die „Linkskurve“-Leute. Aber die kennen sie auch nicht, weil keiner von den Genannten in Charkow mit dabei war, sondern an ihrer Stelle Louis Aragon, der in den Kommunismus überkandidelte Surrealist, gegen den Trotzki's Polemik gegen Majakowski von Anfang bis Ende neu zu schreiben wäre. So bleibt also zu erwarten, daß wir in der nächsten Zeit ungestört weiter den Satz lesen werden: „Dieser typisch französische Schriftsteller...“, und dann werden wir mit einem neuen großbürgerlichen französischen Literaturprodukt bekanntgemacht. Paul Morand hat recht in jeder Beziehung.

Der Maler Manet



Edouard Manet, einer der größten französischen Maler des 19. Jahrhunderts und Mitbegründer der impressionistischen Schule, wurde vor 100 Jahren, am 23. Januar 1832, in Paris geboren. Seine Gemälde, in denen zum ersten Male die modernen Probleme des offenen Lichtes behandelt werden, gehören heute zu dem kostbarsten Besitz zahlreicher Galerien in Deutschland und Frankreich.

„Die Traumfabrik“

„Ein neuer Ehrenburg“ — das ist nun schon ein Begriff geworden, mit dem sich Vorfreude und große Erwartungen eines weiten internationalen Leserkreises verbinden. Auch diesmal gibt es keine Enttäuschung. Das jüngste Werk des russischen Schriftstellers, das wiederum der Malik-Verlag in einer geschmackvollen und verhältnismäßig preiswerten Ausgabe herausgebracht hat (kartoniert 3,50, in Leinen 5,50 Mark) ist ein neues Glied in der Kette von Ilya Ehrenburgs Büchern, die mit so erataunlichem Wissen und soviel Geist und Klugheit das gesellschaftliche Leben unserer Zeit durchleuchten und darstellen. Diesmal gilt sein Interesse der Filmindustrie: Unter dem vielsagenden Titel „Die Traumfabrik“ wird eine Chronik des Films, der Filmherzeugung, der Film Tendenzen gegeben, wie wir sie bisher nicht besaßen. Es ist bemerkenswert, daß in Ehrenburgs Büchern das Romanhafte immer mehr in den Hintergrund tritt, das Soziologische immer mehr an Bedeutung gewinnt. In der „Traumfabrik“ ist überhaupt auf die dichterische Gestaltung, auf die Erzählung von Einzelschicksalen verzichtet — aber man liest dieses fast systematisch geschriebene Buch trotzdem wie einen spannenden Roman. Es lehrt uns ja auch so unendlich viel, weit über die Welt des Films hinaus, denn diese Filmwelt ist, in Ursache und Wirkung, an tausend Stellen mit unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung verknüpft. So wird hier wieder von einer wichtigen Seite her der Schleier gelüftet, die Welt gezeigt, wie sie heute ist — und damit zugleich, auch ohne besondere Hinweise, der Wille und die Fähigkeit gesteigert, diese Welt zu überwinden. W. F.

★

Bata gegen Ilya Ehrenburg

Vor einiger Zeit hat der Dichter Ilya Ehrenburg in einer Wochenschrift gegen den tschechischen Schuhindustriellen Thomas Bata die Anklage erhoben, daß er sich seinen Arbeitern gegenüber äußerst unsozial verhalte. Nunmehr hat Bata beim Landgericht Berlin eine einstweilige Verfügung erwirkt, wodurch Ehrenburg verboten wird, den im „Tagebuch“ veröffentlichten Artikel „Der Schuhkönig Thomas Bata“ noch einmal in anderen Zeitungen oder Zeitschriften erscheinen zu lassen und auf irgendwelche andere Weise eine Reihe genau angeführter Behauptungen über die Geschäftsgewohnheiten Batas zu verbreiten. Ilya Ehrenburg wird gegen diese Verfügung Einspruch erheben, um einen großen Prozeß zu provozieren.

Lest und verbreitet

die vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!

Frankfurt a. M.-Nied

Die Jahreshauptversammlung unserer SAP-Ortsgruppe wies einen guten Besuch auf. Der Geschäftsbericht des Gen. Bender streift in kurzen Umrissen die Entwicklung der Partei am Ort und wies im besonderen auf die nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegende Haltung der KPD zur Frage der Einheitsfront gegen den Faschismus hin. Einer Anregung des Distrikts Frankfurt a. M.-Höchst auf Einführung eines Delegiertensystems wurde nicht beigetreten. Einmütig wurde die Auffassung vertreten, daß die Delegiertenversammlung eine Rechtslosmachung der Mitglieder bedeuten würde. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde die Notwendigkeit einer größeren Verbreitung unserer Tageszeitung sowie der allwöchentlich erscheinenden „Arbeitertribüne“ betont. Als Literatur- und Presseobmann wies unser sehr eifriger Genosse Jakob Seck darauf hin, daß er von seiten der Parteimitgliedschaft bezüglich der Verbreitung unserer Presse nicht die Unterstützung hätte, die im Interesse des Aufbaus der Partei erforderlich wäre. In der Vorstandswahl wurden die Genossen Bender, Knappe, Blankstein, Friedel jr., Hupmann gewählt. Des weiteren wurde unter Punkt „Verschiedenes“ von seiten des Distriktvorstandes folgender Antrag eingebracht: „Die heute am 18. 1. 32, stattgefundenen Generalversammlungen beschloß: Die Wahlen zum Ortsvorstand können erst dann vorgenommen werden, wenn die einzelnen Distrikte vorher Stellung hierzu genommen haben. Vorschläge zur Vorstandswahl sind nur zulässig aus den Distrikten. Verspätet eingegangene Anträge finden nur Unterstützung durch 100 Genossen oder 80 Delegierte.“ Die Notwendigkeit des Antrages erkennend, stimmte die Versammlung geschlossen zu. Nach einem Appell, alle Kraft in den Dienst der Partei zu stellen und trotz aller Anfeindungen verbündet für unsere Bewegung einzutreten, schloß Genosse Bender die Versammlung.

Dachau

Lehrjüngelnd im schwarzen Bayern. Am Mittwoch früh warf sich bei Röhrmoos (bei Dachau) der Kaminkehrerlehrling Schwarz vor den heranbrausenden Schnellzug und fand den gesuchten Freitod. Grund zur Tat? Er hatte seine Lehrzeit beendet und wurde von seinem Meister entlassen. Sein Meister hatte ihn, der immer fleißig und willig war, leicht weiterbeschäftigen können, da er wirklich ein einträgliches Geschäft hat und von der gegenwärtigen Not noch nicht soviel kennengelernt hat. — So sieht „praktisches Christentum“ in einer der katholischsten Gegenden Deutschlands aus. Das ist das soziale Gefühl des sogenannten christlichen Mittelstandes der Kleinhandwerker, die natürlich auch sehr nationale Gesinnung zeigen.

Neuburg a. d. Donau

Eine Ortsgruppe der SAP wurde hier gegründet. Ein Stadtrat, früher von der KPD und zuletzt auf einer freien Arbeiterliste gewählt, trat der neugebildeten Ortsgruppe sofort bei. Damit sind die Sozialistische Arbeiterpartei und die SPD mit je einem Stadtrat in Neuburg vertreten.

Köslin

Die ungenügende Mietsenkung. Die durch die städtische Grundstücksverwaltung auf Grund der Notverordnung durchgeführte Mietsenkung wirkt wie ein Hohn auf die sogenannte Preissenkungsaktion. Bei den Altbauwohnungen erfolgt die gesetzmäßige Senkung um 10 Proz. der Friedensmiete, bei den Reichshäusern um durchschnittlich 14 Proz., und bei der überaus größten Zahl der städtischen Neubauten um nur fünf vom Hundert der jetzt zu zahlenden Miete. Es wäre interessant, bei den einzelnen Mietern die Verringerung ihres Einkommens seit 1930 festzustellen. Aber das dürfte den Kösliner Magistrat nicht stören, auch wenn er dann erfahren müßte, daß das Einkommen heute bei vielen Mietern um zwei Drittel gefallen ist. Wir sind gespannt, wie die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion zu dieser famosen Preissenkungsaktion des Magistrats sich stellen wird. Würde doch der Antrag der städtischen Mieter, die Miete um 30 Proz. zu senken, auf Antrag eines ihrer Mitglieder von der Tagesordnung abgesetzt, „weil man vielleicht bei der Beratung in der Grundstücksverwaltung noch weiter gehen könne“. Eine ähnliche Stellung ...hm die sozialdemokratische Fraktion bei der Beratung über die Senkung der Gas-, Strom- und Straßenbahntarife ein. Den „Erfolg“ einer solchen Tätigkeit werden die Kösliner Arbeiter ja in der nächsten Zeit erfahren.

Provokation oder ...? Unter dieser Überschrift berichtet der sozialdemokratische „Hinterpommer“ von dem Magistratsbeschluss, die in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossene 48-Stundenwoche für Erwerbslose nicht durchzuführen. In dieser Notiz wird der Berichterstatter der „SAZ“ als boshaft und lügenhaft bezeichnet, weil die „SAZ“ eine Notiz gebracht hatte, nach der der Magistrat die Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen ablehnen konnte, weil ein SPD-Stadtrat der Sitzung ferngeblieben war. Das ist nicht boshaft und lügenhaft, Genosse aus der Trutzburg. Tatsache ist, daß in der fraglichen Sitzung die Besetzung so war, daß der SPD-Stadtrat den Ausschlag für die Weihnachtsbeihilfe gegeben hätte. Und wenn in der letzten Magistratsitzung unsere Genossin Graf nicht anwesend war, so deshalb, weil sie in zahnärztlicher Behandlung stand und noch steht. Sie hat aber in einem Brief an den Oberbürgermeister ihren Willen kundgetan, und der Brief ist auch

Eine dumme Anmaßung

So überschreibt Genosse Hartwig, Bezirkssekretär der SPD Pommerns, seine Antwort auf meinen offenen Brief. Dieser zerfällt in vier Teile:

„Im „Volks-Boten“ vom 13. 1. 32 hatte ich einen Artikel: „Die SAP als Schildträger der Arbeiterfront?“ veröffentlicht. Darin habe ich das sachlich zum Ausdruck gebracht und mit Beispielen belegt, was gegenüber den SAPisten und ihrer Einheitsparolenschusterei zu sagen ist.“

Der Artikel hat es dem Stettiner SAZ-Schreiber Fritz Lamm angetan. Er schwingt sich in der SAZ vom 16. 1. 32 deshalb auf, um sich gegen mich loszulassen. In dieser Antwort, die keine ist, unterstellt Lamm der SPD von ihm konstruierte Absichten, die Lamms Taktik kennzeichnen. Weiter stellt er in seiner Antwort Fragen an mich, wie: „Was Marx unter Klassenkampf verstanden hat“ u. a.“

Der Artikel des Genossen Hartwig war so sachlich, wie es seine Antwort ist. Seine einzigen „Argumente“, „Arbeiterreichspräsidentenkandidat“ und „Einheitsparolenschusterei“ habe ich beantwortet. Auf das Gebiet der Pöbelelei bin ich ihm so wenig gefolgt, wie er mir auf das der Sachlichkeit. Die „konstruierten Absichten“ gibt er zu, denn kein Wort spricht gegen die Tatsache, daß die SPD und die „Eiserne“ gemeinsam mit der Bourgeoisie Hindenburg zu wählen bereit ist. Unangenehm ist ihm, an Marx und an Klassenkampf erinnert zu werden, — verständlich!

„Naiv — wenn nicht dummdreist — ist aber Lamms Frage an mich, klarzustellen, daß ich bereit bin, mich anzureihen an die große Front des geeinten kämpfenden und siegenden Proletariats. Mich kennt die gesamte republikanisch und sozialdemokratisch eingestellte Arbeiterschaft Pommerns, die in der Eisernen Front steht. Sie weiß, daß ich in jeder Situation bei ihr und mit ihr bin. Das hat meine Arbeit in letzter Zeit bei Schaffung der Geschlossenheit aller auf sozialdemokratischem Boden stehenden Arbeiterorganisationen wiederum bewiesen.“

Im letzten Satz gibt Genosse Hartwig zu, daß er über die SPD hinaus jede Einheitsfront des Proletariats ablehnt, daß also die „Eiserne“ eher mit Faschisten als mit Arbeitern gemeinsam stimmen kann. Diese seine Einheitsfront ist eben der Arbeiterverrat.

„Weiter zitiert Lamm aus dem „Volks-Boten“ eine Notiz, nach der sich „erwerbslose Radfahrer Stettins zum freiwilligen Arbeitsdienst melden sollen“. Diese Notiz war eine Aufforderung des Vereins für Radfahrwege Stettins an seine Mitglieder, also eine reine Privatangelegenheit des genannten Vereins. Das gibt Lamm Veranlassung, in seiner dummdreisten Art an mich die Aufforderung zu richten, daß ich vor aller Öffentlichkeit erklären soll, daß

ich gegen den freiwilligen Arbeitsdienst bin. Er (Lamm) knüpft zum Schluß eine Drohung daran, daß, wenn ich nicht antworten sollte, sie — die SAPisten — „das allerdings als Propaganda benutzen“ würden.“

Der „Volks-Bote“ Nr. 10 druckte kommentarlos eine Aufforderung des Vereins für Radfahrwege ab (keine Annonce!), die sich nicht nur an seine Mitglieder wandte, wie überhaupt dort jeder Mitglied ist, der durch Kauf eines Jahresringes das Recht erkaufte hat, die Vereinsradfahrwege zu benutzen. Diesem Aufruf zum freiwilligen Arbeitsdienst gab der „Volks-Bote“ Raum im redaktionellen Teil. Das nennt Hartwig „Privatangelegenheit“. Für so dumm, Genossen der SPD, hält euch euer Führer, der die „Führung mit der Masse“, mit euch, hat. Gebt ihm die Antwort darauf.

„Wenn mich Lamm in seinem Artikel mit „Lieber Genosse Hartwig“ und dem parteigenössischen „Du“ anredet, um mir zu schmeicheln, und mit „Freundschaft“ schließt, so ist das die bei ihm übliche Art, um den Anschein eines absolut sachlich eingestellten Menschen zu erwecken, hinter der sich — wie immer — Ueberheblichkeit und Wichtigtuerei verbirgt. „Schmeichler sind Katzen, die vorne lecken und hinten kratzen“, sagt ein Sprichwort. Mich werden weder Unterstellungen noch Drohungen erschrecken. Ich kenne nur Pfllichterfüllung im Interesse der Arbeiterklasse. Es ist schon so, wie Heinrich Ströbel, der aus der SAP ausgetreten ist, im „Anderen Deutschland“ über die SAPisten schrieb, daß „manche nur gegen eine Bonzokratie wetteten, um selbst noch schlimmere Klüngel- und Bonzenherrschaft aufzurichten.“ Th. Hartwig.“

Wenn das Wort Schmeichler passen würde, ich wäre bestimmt nicht aus der SPD ausgeschlossen worden. Ja, die SPD-Genossen, die mir behilflich sein wollten — Genosse Hartwig gehörte auch dazu — rieten mir sogar, nach außen biegsamer und ruhiger zu sein. Daß dem Genossen Hartwig anständiger Ton und Sachlichkeit (beides gibt er ja ausdrücklich zu — und vermutet darin gerade die Gemeinheit) nicht passen, verstehe ich, denn sein Artikel beweist, daß er so nicht kämpfen kann. Außerdem, Herr Hartwig, entschuldigen Sie, ich habe Sie zwar immer mit Du angedredet — aber ich habe nicht gewußt, daß es jetzt verboten ist. Jetzt sind Sie zu fein für das Du.

Hartwigs Artikel ist eine unsachliche Pöbelelei, und wo er sich um Antwort bemüht, bei der „Privatangelegenheit“, ein übles Mätzchen. Er gibt alles zu, beantwortet nicht, beweist, daß er keine politischen und gewiß keine sozialistischen Argumente hat. Er hat die „Eiserne“ und die SPD politisch und sich selbst moralisch verurteilt.

verlesen worden. Das verschweigt natürlich der „Hinterpommer“. — Auffallend ist, daß die Redaktion des „Hinterpommer“ jetzt so langsam aufwacht. Während sie früher überhaupt nichts von der SAP erwähnte, gefällt sie sich jetzt in der Rolle des „Spalterbekämpfers“. Und dabei hat Th. Hartwig in einem längeren Artikel selbst zugegeben, daß die Spalter „gegangen worden sind“. Wie reimt sich denn das zusammen? Ja, in einem Satz steht's so und im nächsten anders! Im übrigen treffen uns die Verleumdungen und Ausdrücke wie „boshafter und lügenhafter“ Berichterstatter nicht. Die denkenden Kösliner Arbeiter sind der Auffassung, daß, wer im Glashauss sitzt, nicht mit Steinen werfen sollte.

Freidenker-Generalversammlung. Dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von 98 auf 119 gestiegen ist. In mehreren kleinen Orten Hinterpommerns konnte die Bewegung ebenfalls Fuß fassen. Waren die Versammlungen der Freidenker oft nicht immer so zahlreich besucht, wie es notwendig wäre, so hatte die „Eiserne Front“ zur Generalversammlung gut „getrommelt“. Was nur irgend zu erfassen war, wurde herbeigeholt, um dem Vorstand wieder die bestimmte parteiamtliche Färbung zu geben. Trotzdem gelang es der Opposition in diesem Jahr, das Amt des zweiten Vorsitzenden, des Schriftführers und des Hilfskassierers zu übernehmen. Nach nicht allzulanger Aussprache wurde auch dem Antrag der SAP entsprochen, sich an der gemeinsamen Protestkundgebung gegen Faschismus und Notverordnung zu beteiligen. Als Redner für die Kundgebung wurde der Genosse Münchow (KPO) bestimmt.

Stralsund

Die gußeiserne Front hat sich nunmehr auch hier gebildet, und unser Reichsbanner-general Rudi geht stolzen Schrittes durch die Straßen. Der Tolerierungs-„Vorpommer“ verkündet, daß die für Stralsund entscheidende Sitzung aller Arbeiterorganisationen (?) stattgefunden habe. Bisher hat man doch nur diejenigen Gewerkschaftsvertreter mobil gemacht, die mit der SPD auch weiterhin durch dick und dünn gehen wollen. Den Vorgesmack von dieser Front hat uns ja schon die Kundgebung der Eisenbahner am letzten Sonntag gebracht. Der „Vorpommer“ verkündet: „Es wurde den Führern aufgegeben, die einheitliche Abwehrfront sofort in die Wege zu leiten.“ Diese Führer werden sich noch wundern, wenn sie feststellen müssen, daß die Massen nicht mehr geschlossen folgen werden, denn sie wollen eine andere Front. Die an-

gekündigte, unerschütterlich dastehende „Eiserne Front“ wird stark erschüttert werden. Dafür werden wir alle Kraft aufbieten, weil wir wissen, daß diese Front der Arbeiterschaft weiter großen Schaden bringen wird. Außerdem kündigt man für Anfang Februar eine „Massenkundgebung mit einem bekannten Politiker aus der Reichshauptstadt“ an. Sollte es etwa der angekündigte „linke“ Kulturpolitiker Dr. Kurt Löwenstein sein? Er würde ausgezeichnet in diese Front hineinpassen. Der niedrigen Arbeiterschaft aber werden wir sagen, daß alle diejenigen, die sich in diese Front eingliedern lassen, weiter mit der verderblichen Tolerierungs- und Notverordnungspolitik der SPD einverstanden sind und sich dadurch mitverantwortlich machen. Alle klassenbewußten Arbeiter werden mit uns gemeinsam dafür kämpfen, daß die wahre Einheitsfront des Proletariats entsteht.

Stettin

Versammlung der Eisenbahner. Am Sonnabend fand eine öffentliche Versammlung, einberufen vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsverwaltung Stettin, statt. Der große Börsensaal war voll besetzt; viele Teilnehmer mußten stehen. Referent war Bezirksleiter Lorenz, Königsberg i. Pr., der über das Thema „Wie steht es um die Existenz der Eisenbahner?“ sprach. Er kam u. a. auch auf die Reichsbahn als Reparationszahler zu sprechen. 680 Millionen habe sie jährlich für Reparationen aufzubringen, 35 Millionen bekomme das Reich als Dividende, und 598 Millionen seien durch den Krieg verursacht, zusammen also 1288 Millionen Mark Lasten. Die Einnahme betrug 1929 5,35 Milliarden und wird voraussichtlich 1932 3,68 Milliarden betragen. Der Redner streifte die unglaublichen Löhne bei den Bahnmeistereien, 18 bis 20 RM die Woche. Die Verwaltung sagt, daß noch 45 000 Köpfe zuviel im Betrieb sind. Von Entlassungen will man jedoch absehen. Trotz allem hat die Verwaltung noch Geld für höchst überflüssige Ausgaben, wie Bahnschutz, Panzerzüge, Teno- und Leistungszulagen. Lorenz geißelte die Zersplitterung der Eisenbahner in 59 Organisationen, wo die heutige Notzeit die größte Einigkeit erfordere. Er forderte zum Schluß alle Anwesenden auf, sich dem Einheitsverband anzuschließen, um damit die Kampfkraft zu stärken, denn die Eisenbahner hätten trotz allem noch viel zu verlieren. In der Diskussion sprach der Kommunist Wittig aus Pödebusch, ein RGO-Mann, der für die Einigung aller Arbeitnehmer, evtl. über die Köpfe der Führer hinweg, eintrat. Pöppe vom Einheitsverband trat der Tolerierungspolitik entgegen, die mit einer Hauptschuld an den heutigen Zuständen trage.

Greifswald

Er will seine Freiheit haben. Ein Berliner Kellner, der hier eine Freiheitsstrafe verbüßt, benutzte einen günstigen Augenblick, um über die nach dem Wall zu gelegene Mauer zu entkommen. Die Flucht wurde erst von zwei Passanten entdeckt, welche der Gefängnisverwaltung Mitteilung machten. Im Gefängnis war sein Fehlen noch nicht aufgefallen. Bisher ist die Verfolgung ergebnislos verlaufen.

Lassan

Vier Scheunen niedergebrannt. Vier Scheunen, die mit Stroh gefüllt waren, brannten hier vollständig nieder. Trotzdem die Motorspritze sofort an der Brandstelle erschien, war infolge des herrschenden Windes an eine Bekämpfung der Flammen nicht zu denken. Die Feuerwehr mußte sich vielmehr darauf beschränken, den in nächster Nähe liegenden Kleinbahnhof vor einem Uebergreifen des Feuers zu sichern. Es soll Brandstiftung vorliegen.

Tribsees

Feuergefecht mit Verbrechern. Der Oberlandjägermeister Uckel aus Grimmen und der Oberlandjäger Beerbohm fuhr am Dienstag gegen 20½ Uhr nach hier. In der Nähe des Stadtwaldweges trafen sie am Sommerweg ein Personenauto an. Auf der Rückfahrt gegen 22½ Uhr stand das Auto noch an derselben Stelle. Der Oberlandjägermeister sandte nun den Oberlandjäger Beerbohm zu dem Auto hin und ließ nach der Ursache des Haltens fragen. Dieser bekam vom Chauffeur die Antwort, daß man sich von einer Wagenfahrt ausruhen wollte. Der Oberlandjäger sah im Wagen mehrere Personen liegen, und da es ihm vorkam, als ob diese angetrunken seien, ersuchte er um Vorzeigung des Führerscheins. Der Chauffeur tat, als ob er aus der Wagentasche den Führerschein hole. Er drehte sich um und richtete plötzlich auf den Oberlandjäger einen Revolver mit dem Ruf: „Hände hoch!“ Gleichzeitig sprang eine zweite Person hinzu und richtete auf den Beamten eine Pistole. Dieser rief nun nach dem im Auto wartenden Oberlandjägermeister Uckel, sprang gleichzeitig zur Seite, um aus dem Lichtkegel des Autos herauszukommen und wurde dabei von einer Person beschossen. Der Beamte suchte im Chausseegraben Deckung und kroch zum Auto des Oberlandjägermeisters zurück. Von hier aus eröffneten die Beamten das Feuer auf die Verbrecher. Die Verbrecher gaben etwa 30 Schuß ab. Das Auto der Beamten wurde am Kühler und an den vier Reifen stark beschädigt. Die Beamten selbst wurden nicht verletzt. Da die Beamten ihre Munition eher verschossen hatten als die Verbrecher, mußten sie im Auto nach dem Dorfe Siemersdorf flüchten. Von hier aus verständigten sie die hiesige Polizei und Landjäger. Diese begaben sich sofort nach dem Tatort, fanden aber kein Auto mehr vor. Auf dem Wege nach Siemersdorf hatten die Beamten noch ein Rostocker Auto angehalten und den Fahrer, einen Rostocker Bankdirektor, gebeten, falls er auf dem Wege nach Rostock etwas Verdächtiges bemerken sollte, die Polizei sofort zu benachrichtigen. In der Nähe von Reddersdorf auf dem Wege nach Rostock fand dieser nun ein demoliertes Auto liegen. Er verständigte sofort die Rostocker Kriminalpolizei und diese sofort die hiesige Polizei. Sie begaben sich zur Unfallstelle und stellten fest, daß es sich um das fragliche Auto handelte. Das Auto war am Kühler durch Schüsse stark demoliert, hatte sich festgelaufen, und die Verbrecher hatten es verlassen müssen. Nun hat die Kriminalpolizei in Rostock vier Personen festgenommen, bei denen Geldmittel vorgefunden wurden. Nach den Beschreibungen handelt es sich um die Täter.

Hohendorf

Vom Bullen angefallen. Der auf dem hiesigen Gut beschäftigte 17 Jahre alte Melker Friedrich Drews war im Stall mit dem Rindvieh beschäftigt, als plötzlich der Bulle auf ihn losstürzte und ihn zu Boden warf. Das erregte Tier bearbeitete Drews dann mit den Hörnern und Füßen dermaßen, daß er mit mehreren Verletzungen in das Stralsunder Krankenhaus eingeliefert werden mußte. — Da sich derartige Unfälle in letzter Zeit sehr häufig ereignet haben, ist es Pflicht, die Sicherheitsvorschriften so zu verschärfen, daß die Arbeiter vor Schäden bewahrt bleiben. Aber gerade bei den Junkern kommt der Arbeiterschutz erst in letzter Linie.

W E R B T für die „SAZ“

Sportschau der SAZ

Schwerathleten werben in Reinickendorf

Am Sonntag, 23. Januar, veranstaltet die Schwerathletiksparte der Fr. Sportvereingung Tegel 99 im Lokal Müller, Reinickendorf-West, Scharnweber-Ecke Berliner Str., eine Werbeveranstaltung.

Im Ringer-Mannschaftskampf stehen sich Kraftsportverein Rosenthal I und Tegel II gegenüber. In Einzelkämpfen sieht man Kraske (Teg.)—Hilbrecht (Hennigsdorf), Hartmann (Teg.)—Rösike (Sparta), Rosinski (Teg.)—Kellner (Teltow), Rosentreter (Teg.)—Nagel (Wedding).

Im Jiu-Jitsuringen kämpfen Tegel, Einigkeit und Lichtenberg L.F. Artistik, Konzert und Tanz werden das Programm vervollständigen. Eintritt 50 Pf., Erwerbslose 25 Pf.

Hallensportfest am 24. Januar in Magdeburg

Am kommenden Sonntag veranstalten die Magdeburger Arbeitersportler ihr 6. Hallensportfest. Weit über die Grenzen Magdeburgs hinaus zieht diese Veranstaltung die Arbeitersportler in ihren Bann, und es ist auf Grund der abgegebenen Meldungen schon jetzt die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß neben Berlinern auch die Arbeitersportler aus Brandenburg, Leipzig, Dresden, Halle, Dessau, Braunschweig usw. vertreten sein werden. Es ist zweifellos zu erwarten, daß dieses Fest eine gewaltige Demonstration für den Arbeitersportgedanken sein wird.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wird ein Mannschaftswettgehen der Schutzsportler über eine 12 km lange Strecke mit starker Teilnahmeziffer ausgetragen. Ein gutes Meldeergebnis zeigen die Einzelkämpfe im 60-Meter-Lauf. In der A-Klasse werden 35 Teilnehmer an den Start gehen. Gute Aussichten haben hier Krüger-Leipzig, Sparkase-Braunschweig, Leps-Dessau, Scheibe-Magdeburg, Heldt-Berlin. Auch der 1500-Meter-Lauf ist durch 27 Teilnehmer verheißungsvoll besetzt: Wagner-Leipzig, Braun-Berlin, Drigalla-Halle, Lietzmann-Brandenburg und Thiele-Magdeburg dürften aller Voraussicht nach das Rennen unter sich ausmachen.

Darüber hinaus finden selbstverständlich die üblichen Rundenstafetten und die „beliebten“ Pendelstafetten (Klapperstafetten) statt. Den Höhepunkt dürfte der Einmarsch der Zweitausend bilden.

„Der Not gehorchend...“ Boxkampf Schmeling—Sharkey im Juli?

Nirgends Geld auf der Welt, nicht mal im Yankee-land. Nicht mal, wenn der Boxgott Schmeling boxend zu sehen ist, machen die Yankees ihre Geldbeutel auf. Joe Jacobs hatte für seinen Max Schmeling gedacht, daß dessen Kampf mit Mickey Walker etwas einbringen würde. Nun zeigt sich's aber, daß es ein

finanzieller Mißerfolg wird. Aber schließlich will man doch verdienen, Geld muß doch her, also eine „ganz große Sache“ ist notwendig. Und da hat sich Schmeling's Manager — schweren Herzens, denn er möchte doch so gern an Maxen noch länger verdienen — sich bereitgefunden zu dem riskanten Geschäft, ihn gegen Jack Sharkey zum Revanchekampf antreten zu lassen, der bekanntlich — zwei Jahre sind es nun bald her — Max Schmeling durch einen „Tiefen“ in einem überlegenen Kampf „zum Weltmeister geschlagen“ hatte. Auf alle Fälle: eine riskante Sache, Deutschlands Ehre und Weltgeltung wird wieder mal auf dem Spiele stehen. Aber wenn's ums Geld geht...

Fußball in Burgstädt

Taura—Frankenberg wird ein Großkampf werden, zumal der Meister des 13. Bezirks durch die Kreisspiele viel Interesse erweckte. Wir erwarten Taura nach heftigem Kampf als Sieger. Anstoß ist hier bereits 13 Uhr. Claubnitz hat in Hainichen einen Partner als Gast, der nicht mit sich spaßen läßt. Obwohl in letzter Zeit von den Gästen nichts Besonderes erkämpft wurde (14.30 Uhr). Wechselsburg wird gegen Geringswalde recht schweren Stand haben, obwohl die Gäste jetzt nicht mehr das zeigen wie vor Jahren.

Berthelsdorf wird gegen Geithain sicher siegen müssen, aber nur, wenn die Mannschaft auf dem Posten ist und alle gegebenen Chancen zur Genüge ausnutzt (14.30 Uhr). Herrenheide wird auch diesmal gegen Rußdorf sicher siegen, da Falkes Stürmer noch viel lernen müssen. Hier geht es bereits um 14 Uhr los. Rochsburg spielt am Vormittag (10) in Berthelsdorf gegen Claubnitz 3 und wird siegen wollen. Taura 2 hat Lunzenau 1 als Gast und wird es nicht leicht bekommen. Während Burgstädt 3 — Tauschpenig 1 auf dem Posten sein muß, um keine hohe „Tüte“ zu erhalten (13 Uhr).

Tagungen im Vogtland

Die Techniker des 8. Turnbezirks trafen sich, um die kommende Jahresarbeit zu besprechen. Nach seinen Begrüßungsworten gab Genosse Rei verschiedene Eingänge bekannt. Der Jahresplan wurde für die Turnsparte richtiggestellt und genehmigt. Die Jahresarbeit sieht uns Techniker gerüstet. Hoffen wir, daß trotz wirtschaftlich schwerer Lage der Bezirk auch im kommenden Jahr technisch vorwärts schreitet. — Die Serienwettkämpfe, die im Vorjahre gut angenommen haben, beginnen am 2. Februar in den Gruppen. Meldungen der Vereine sind sofort an den Gruppenturnwart zu richten. Pflicht aller Mannschaften ist pünktliches Antreten bei allen Kämpfen. Der Gerätewettkampf mit dem 3. Bezirk wird auf September verschoben.

Der Gruppenturntag

findet Sonntag, den 24. Januar 1932 in Plauen, im Turnerheim-Ost, statt. Beginn 13.30 Uhr. Tagesordnung: 1. Anwesenheitsliste, 2. Eingänge und Mitteilungen, 3. Berichte, 4. Anträge, 5. Wahlen, 6. Jahresplan, 7. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Vereins und der Abteilungen, die geschäftlichen und technischen Leiter zu delegieren.

Südwestsächsischer Fußball

Spiele der unteren Mannschaften
Vielau 2—Crimmitschau 2 2:6, Vielau 3 gegen Crimmitschau 3 1:6, Neukirchen 2 gegen Wilkau 3 3:0, Oberhohndorf 2 gegen Zwickau-Süd II 1:3, Oberhohndorf III gegen Zwickau-Süd 3 3:1, Pöhlau 2—Zwickau 2 4:2, Zwickau-Nord 2—Planitz 2 1:3, Ebersbrunn 2 gegen Marienthal 2 5:2, Mülsen-Niclas 2 gegen Cainsdorf AM ausgefallen, Reinsdorf AM—Härtensdorf AM 9:0, Brockau 2 gegen

Für Gerechtigkeit im Arbeiter-Turn- und Sportbund!

Auch SPD-Mitglieder gegen Einseitigkeit

Am 17. Januar hielt der Fußballbezirk Riesa der Sächsischen Spielvereingung seinen Bezirksvertretertag ab. Als Versammlungsleiter wurde einstimmig unser Genosse Joppich gewählt, während dem Bezirksvorstand wieder unsere Genossen Roßberg (1. Vors.) und M. Klemig (1. Schriftführer) angehören. Die Tagung nahm einen guten Verlauf. Von 72 Vertretern waren allerdings bedauerlicherweise nur 46 politisch organisiert, und zwar 32 SPD, 8 KPD, 6 SAP. Von Bedeutung ist noch, daß eine von unserm Genossen Joppich (Verein Goltzscha) eingebrachte Entschließung einstimmige

Annahme fand, so daß man hoffen darf, daß sie nicht unbeachtet bleiben wird von seiten der Bundesleitung. Der Wichtigkeit halber sei die Entschließung im Wortlaut wiedergegeben:

„Der am 17. Januar 1932 in Präsen tagende Bezirksvertretertag des 11. Fußballbezirk in der Sächs. Spielvereingung fordert von allen maßgebenden Instanzen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, einen bestimmten, einseitigen parteipolitischen Druck auf die Bundesmitglieder nicht auszuüben und durch Bevorzugung einer besonderen Partei Bundesgenossen anderer proletarischen Parteien zu Mitgliedern 2. Klasse mit minderen Rechten zu stempeln! Unser Bund als sozialistische Kulturorganisation muß allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, soweit sie sich zum Sozialismus bekennen, offenstehen und nur gleichberechtigte Mitglieder kennen. Weitere selbstverständliche Voraussetzung für die Bundeszugehörigkeit ist Anerkennung der Bundesbeschlüsse. Die gegenwärtige Situation erfordert mehr denn je die Geschlossenheit aller sozialistischen Kulturorganisationen, die aber bei einseitiger parteipolitischer Stellungnahme unseres Bundes gefährdet ist und den Keim der Spaltung in sich trägt. Auch gibt man bei einseitig parteipolitischer Stellungnahme dem Klassengegner Material für die Politischerklärung unseres Bundes und damit u. a. für Verbot unserer Bundesabzeichen als parteipolitisch in die Hände. Für die Einheit der Arbeiterklasse! Für den Sozialismus! Gegen den Faschismus!“

Merkt man da noch immer nichts?

Greiz 4:2, Härtensdorf 2—Pöhlau 3 3:5, Niederhaußlau 2b—Wilkau 2b 1:3.

Jugend

Wilkau—Oberhohndorf 4:0, Vielau gegen Crimmitschau 0:1, Zwickau—Werdau 4:0, Planitz—Lichtentanne 2:0.

Knaben

Vielau—Crimmitschau 2:0, Niederhaußlau gegen Wilkau 3:0, Planitz—Lichtentanne 0:0, Reinsdorf—Härtensdorf 9:0, Zwickau gegen Marienthal 0:3, Friedrichsgrün gegen Mülsen-Jacob 3:1.

Achtung! Berichterstatte des Zwickauer Fußballbezirks

Die Jahresversammlung wird am kommenden Sonntag, dem 23. 1., um 19 Uhr im Cainsdorfer Turnheim abgehalten. Soweit Berichterstatte auch Bezirksratsdelegierte sind, können diese in Cainsdorf übernachten. Die Quartiere müssen aber sofort in der Geschäftsstelle angemeldet werden.

Organisationsnachrichten SAP

Bezirksverband Berlin, Bildungsoblast: Zusammenkunft Montag, 25. Januar, 19.30 Uhr, im Sekretariat Prenzlauer Allee 34.

Ortsgruppe Schönberg: Heute, 20 Uhr, Öffentliche Versammlung des Bezirkes Zehlendorf im Lindenpark, Berliner Straße 8. Wir bitten die Schönberger Genossen, zur Unterstützung zeitig und zahlreich dort zu erscheinen. Antreten der Schutzverbände ist Pflicht.

Bezirk Schönberg: Funktionärversammlung am Sonntag bei Geil, Merseburger Str. 7, 10 Uhr.

SJV

Heute Freitag, 22. 1., 19.30 Uhr.

Mitteilungen der Bezirksleitung:

Referentenschule: Heim, Prenzlauer Allee 34, Montag, den 25. 1., Thema: „Material und Statistik“, Ref.: Genosse Fabian.

Februar-Programme einlesen!
LL-Gedenkstunde: Heute bestimmt die Karten abrechnen. Festauschuß: Alle Mitglieder des Festauschusses müssen am Sonntag um 19 Uhr im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34 sein. Zur Debatte steht die LL-Gedenkstunde und Roter Karneval.

Balkan „Hugo Haase“: Heim, Prenzlauer Allee 34, Funktionärversammlung.

Balteplatz: Heim, Tilsiter Str. 4: Tagespolitik.

Charlottenburg „Karl Liebknecht“: Heim, Kaiserin-Augusta-Allee 97b: Tagespolitik.

Frankfurter Allee: Heim, Boxhagener Str. 22, beim Gen. Heim.

Friedrichshain „Rosa Luxemburg“: Heim, Gr. Frankfurter Str. 16: Tagespolitik.

Gesundbrunn: Heim, Pank-, Ecke Wiesenstr., Zimmer 11: Heinrich Heim-Abend.

Köpenick „Roter Aufbau“: Heim, Grünauer Str. 3: Das heutige Rudland.

Mitte „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstr. 19: Roter Liederabend.

Neukölln I: Heim, Mahlower Straße: Tagespolitik.

Neukölln II: Heim, Mahlower Straße: Sinclair-London-Traven-Abend.

Neukölln III: Heim, Hertzbergplatz: 8 216.

Neukölln IV: Heim, Chausseestr. 137: Heimabend.

Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Heim, Gleimstraße 1: Zehminutenreferate über Tagespolitik.

Westen „Lenin“: Heim, Genthiner Str. 17: Einwände gegen den Reformismus.

Wedding: Heim, Seestr. 83 (Baracke): Diskussionsabend.

Zehlendorf: Beteiligung an der öffentl. Versammlung „Lindenpark“, Berliner Str. 8.

Aktionsbezirk Süd: Zusammenkunft der Bildungsoblast und Unterbezirksleiter beim Gen. Horst Berthold.

Die Roten Falken:

Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Heim, Sonnenburger Straße 20.

Mitte „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstr. 19.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2004.

Verlag: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2005.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 1, Nr. 153 928.

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name:

Wohnort:

Straße:

monatlich ... 2,40 RM. inkl. Bestellgeb.

wöchentlich ... 0,60 RM. inkl. Bestellgeb.

bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf.

Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15-16.

Volksbühne
Theater
D. 1. Norden 2946
Freitag, 8 Uhr:
Der Gefangene

Rose-Theater
Genie Frankfurter Str. 137
Freitag, 8 1/4 Uhr:
Eine Frau von Formet

Stärkt den Presse Fonds

Breslau
PROLETON, Tonfilmbühne
GABITZSTR. 20-22 HOFCHENSTR. 49
Anfang 4.30, 6.40, 8.50 Uhr
Ab Freitag, den 22. bis Donnerstag, den 28. Januar 1932
Max Adalbert
Der Heilsener
Mein Herz sehnt sich nach Liebe.
Ein lustiges Singspiel von Eugen Thiele — da bleibt kein Auge trocken. . . . Zwei Humorkanonnen Adalbert — Söneland
Im Beiprogramm:
Teoni Attenberger!
Im Brackenwasser der Odermündung
Neueste tönende Wochenschau
Auf der Bühne:
R. Baese-Pascha
Meister der Geschicklichkeit und der Geschwindigkeit, der moderne Zauberer und Gaukler
Jugend Zutritt verboten!
Preise der Plätze ab 60 Pfg. bis 1.50 Mark
Erwerbslose u. d. Wochentagen 50% Ermäßigung
Sonntag, 24. 1. 32, 1/2, 3 Uhr,
Große Kindervorstellung:
Der Flieger von Californien
und das große Tonbeiprogramm mit Bühnenschau
Kinder 20 und 30 Pfg.
Arbeiter-Sportkartell

Sachsen
Stadt- und Landgespräch
ist wieder der diesjährige
Inventur-Ausverkauf
bei
Paul Gerstner, Zwickau
Bahnhofstrasse 6
Kleider- und Mantelstoffe
Seide, Samt u. Herrenstoffe
zu noch nie dagewesenen Preisen
damit jeder kaufen kann
Billig!!! Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Das Kampfsignal
heute neu!
Werbt für die SAZ

„Deutsche Trinkhalle“
Lützenau i. V.
Sonntag, Sonntag und Montag den 23., 24. und 25. Januar
Bockbier-Ausschank
Freitag: Anstich
wozu freundlichst einladet
Robert Spranger u. Frau
Neu-Eröffnung! Neu-Eröffnung!
Gasthaus z. d. Linden
Neu-Sprangers
Sonntag, 23. u. Sonntag, 24. Januar
Gr. Schichtfest!
Schichtschlüssel / Brotwurf u. Kunst u. Kraft
Für Unterhaltung und angenehme Artigkeit ist gesorgt
Es laden ein:
Der neue Wirt
Oskar Richter u. Frau
Schutzbundhemden!
Die Ortsgruppen wenden sich direkt an den Genossen
Kurt Baumann
Niederstraße 27, Rosenthaler Str. 51
Preis pro Hemd M. 3.10 / Teilzahl.

Hamburg
Volksheim E. V., Hamburg
Hammerbrook, Sachsenstr. 21
Volksheim Lichtspiele
Das Kino des Arbeiters
Sonntag, den 23. Januar, 20 Uhr
Sonntag, den 24. Januar, 19 und 21 Uhr bringen wir folgende Filme:
1. Feuertransport
Eine packende Verschwörerepisode aus der Vorbereitungszeit der russischen Revolution von 1905
2. Jenseits der Straße
Ein Sittenfilm
3. Kunst und Künstler in Marokko. Eine Volksstudie
Unsere Preise: Sonntags zahlen Verdiener 0.50 M. — Sonntags 0.70 M. — Jugendliche und Erwerbslose zahlen nur 0.30M.
Hamburger Arbeiter! Unterstützt uns in unserer schweren Kulturarbeit durch Besuch unserer Filmvorstellungen!
Im Lesezimmer des Volksheimes liegen die Schriften und Zeitungen der SAP aus

Lest den Klassenkampf

SAP Der tägliche Vormarsch

Eine Riesensammlung fand in der SPD-Hochburg Gelenau statt. 800 Arbeiter hörten unter starker Zustimmung das Referat des Genossen Weckerle. Der SPD-Bezirksvorsitzende Böchel konnte sich nicht durchsetzen. Ein großer Erfolg für die SAP! Der entscheidende Einbruch ins Erzgebirge hat begonnen. Eine tags zuvor in Grob-olbersdorf veranstaltete, von etwa 500 Arbeitern besuchte Versammlung, in der an Stelle des erkrankten Genossen Klaus Zweiling der Genosse Hinrichsen, Chemnitz, sprach und dem Böchel entgegentrat, bestätigte ebenfalls, daß die Sympathien der Erzgebirgler überwiegend bei der SAP stehen.

In Niederhaußlau hat ein einziger Funktionär, Genosse Raumann, an einem einzigen Tage acht Mitglieder für die Partei geworben.

Severings „zuverlässige“ Polizei

Acht Polizeioffiziere Nazis.

Berlin, 21. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Preußischen Landtags hat der Abgeordnete Kasper in Besprechung der Vorgänge, die in dem Nazi-Ueberfall auf die von Arbeitern bewohnte Laubkolonie Felsenhecke gipfelten, die Namen von acht aktiven Offizieren der preußischen Schutzpolizei genannt, die eingeschriebene Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei sind. Es sind die Herren Oberst Rütger, Major Wiethoff, Major Bredelow, Hauptmann Graf von Merveldt, Hauptmann Lindigkeit, Leutnant Voigt, Leutnant Sackersdorff, Leutnant Ladewig. Der Abgeordnete war sogar in der Lage, die Mitgliedsnummern zu nennen, unter denen diese Offiziere in den Listen der Nazi-Partei geführt werden.

Die Enthüllung des Abgeordneten ist außerordentlich dankenswert. Sie sagt den Unterrichteten gewiß nichts Neues. Aber aus dieser Mitteilung muß nun auch der letzte Arbeiter erkennen, daß die Hoffnung auf die „staatliche Bekämpfung“ des Faschismus illusionär ist. Die Tatsache, daß hohe Offiziere, die teilweise selbständige Kommandos führen, der faschistischen Partei angehören, zeigt, daß es sich um weit mehr als um bloße „Zellenbildung“ der Nazis in der Schupo handelt. Sie beweist vielmehr, daß die Polizei sich schon halb und halb in den Händen des Faschismus befindet.

Die Arbeiterschaft ist auf sich allein angewiesen. Gut, daß sie es von Tag zu Tag deutlicher erkennt! Sie muß sich gegen den Faschismus eng zusammenschließen!

Sonderschutz für die Religion

Der preußische Landtag verhandelte über drei Polizeiverordnungen, die das Verbot von nächtlichen Geländeübungen und Märschen, das Verbot der Abgabe von Hieb- und Stoßwaffen an Personen unter 20 Jahren und den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage betreffen. Die Kommunisten hatten Aufhebung aller drei Verordnungen beantragt.

Durch die preußische Verordnung über äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage, die seit dem 15. 12. 31 in Kraft ist, wird der sonntägliche Gottesdienst Karfreitag, Buß- und Betttag und Totensonntag unter polizeiliche Schutzaufsicht gestellt. Erlaubt sind nur Veranstaltungen religiöser und weihvoller Art.

In der Debatte meinte Kasper (KPD) in merkwürdigem Kleinmut, die Polizei wäre mit Aufbietung aller Kräfte nicht in der Lage, die Nazi-Aufmärsche zu hindern, und Schenk (KPD) meinte, die Polizei sei ein Teil der faschistischen Gewalt. Harnisch (SPD) verteidigte die Verordnungen und erklärte, wir befinden uns seit geraumer Zeit im Bürgerkrieg. Diese Feststellung paßt schlecht zu den strategischen Parolen der SPD, die man in letzter Zeit so oft hörte, so daß jeder Tag, um den der Bürgerkrieg hinausgeschoben wird, ein Gewinn für die Arbeiterklasse ist. (Merkwürdig genug wäre diese Strategie auch ohne die Feststellung Harnischs!)

Die Regierung geht bei ihren Verordnungen noch immer von der irrigen Auffassung aus, daß die preußische Polizei ein sicheres und williges Instrument im Kampf gegen den Faschismus ist. Die Aufhebungsanträge wurden abgelehnt.

Eine erregte Debatte entspann sich um einen Antrag der Regierungsparteien auf Aenderung der Geschäftsordnung.

Danach sollen in Zukunft namentliche Abstimmungen nur auf Mehrheitsbeschlüssen erfolgen. Praktisch wäre damit der Opposition die Möglichkeit genommen, eine namentliche Abstimmung durchzusetzen. Die Abstimmung über diesen Antrag war schon einmal verunglückt, da mehrere Mitglieder der SPD sich an der Abstimmung nicht beteiligten und das Haus beschlußunfähig war. Da auch heute offenbar eine Mehrheit dafür nicht anwesend war, beantragte die SPD, den Antrag noch einmal in den Ausschuss zu verweisen. Vielleicht überlegt sich die SPD doch noch in letzter Stunde: Was heute ihr Nachtgall ist, kann bald ihr Uhl sein!

Ein neuer Bank-Skandal

Evangelische Zentralbank schließt die Schalter

Deutschland ist um einen Bank-Skandal reicher. Am 20. Januar mußte die Evangelische Zentralbank ihre Schalter schließen. Noch im Verlaufe desselben Tages ist gegen deren Leiter, die Brüder Runck, von der Staatsanwaltschaft I ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden und schon am Nachmittag mußten sie in Moabit beim Staatsanwalt zur Vernehmung erscheinen, die sich bis in die Abendstunden hinzog. Nach dem bisherigen Stand der Angelegenheit ist damit zu rechnen, daß ehestens in dieser Sache Haftbefehle erlassen werden.

Das Ermittlungsverfahren gegen die Brüder ist wegen des Verdachts des Betruges und der Depotunterschlagung eingeleitet worden.

Schon im Herbst war in unterrichteten Kreisen vermutet worden, daß die Evangelische Zentralbank infolge der schon damals bei ihr entstandenen Schwierigkeiten Depot ihrer Kunden angegriffen habe. So sollen einige Kunden, die auf Herausgabe ihrer Effekten bestanden, immer wieder mit allen möglichen Ausreden und Versprechungen hingehalten worden sein, und in einem Fall soll eine Kundin schließlich Papiere erhalten haben, die zwar dem Nominalwert nach mit der Höhe ihres Effektedepots übereinstimmen, bei denen es sich aber nicht um die im Depot gegebenen gleichen Effekten handelte. Die Beschlagnahmung der Bücher der Bank erfolgte noch im Laufe des Nachmittags. Adolf Runck hatte sich im Herbst vorigen Jahres um einen Reichskredit für den Zentralauschuss bemüht, und er war es auch, dem später aus diesem Kredit 1½ Millionen Mark zur Abdeckung der Verbindlichkeiten bei der Dresdner Bank und der Bau-Kredit AG. übergeben worden waren. Die Vernehmungen sollen sich jetzt hauptsächlich darum drehen, ob tatsächlich diese ganze Summe für diesen

Zweck verwendet worden ist, oder ob, wie behauptet wird, nur eine halbe Million bestimmungsgemäß weitergeleitet, der Rest von einer Million dagegen bestimmungswidrig, nämlich für die Zentralbank, verwendet wurde.

Aus den Ermittlungsverfahren wird noch bekannt, daß im Herbst vorigen Jahres ein Sanierungsplan für kirchliche Wohlfahrtsrichtungen zustande kam, wonach das Reich durch Beleihung von Reichsbahnvorzugsaktien bei der Deutschen Bau- und Bodenbank einen Kredit von acht Millionen RM. zur Verfügung stellte, mit dem der Fehlbetrag der Inneren Mission bis zur Abdeckung durch die beteiligten kirchlichen Verbände überbrückt werden sollte. Von dieser Achtmillionen-Anleihe soll nun Runck für die Evangelische Zentralbank eine Bürgschaftschuld der Inneren Mission in Höhe von 2 300 000 RM. übernommen haben. Die Staatsanwaltschaft prüft zur Zeit, inwieweit hierbei von den Gebrüder Runck mit den Geldern der öffentlichen Hand Geschäfte getätigt worden sind, die nicht mit ihrem eigentlichen Zweck in Einklang zu bringen wären. Beide Leiter befinden sich in Polizeigewahrsam.

Vorläufiger Vergleich

TU. Stockholm, 21. Januar

Nach langen Verhandlungen wurde am Donnerstag morgen ein vorläufiger Vergleich in der schwedischen Werkstätten-, Hütten- und Metallindustrie erzielt. Die von der Arbeitgeberseite zum 24. Januar verhängte Aussperrung wurde zurückgenommen unter der Voraussetzung, daß der Schlichtungsvorschlag unverändert von den Arbeitern angenommen wird. Die endgültige Antwort wird am 2. Februar erteilt werden. Ueber 100 000 Arbeiter sind betroffen.

Wieder ein General bei den Nazis

Das Reichwehrministerium „weiß von nichts“

Wie der Nationalsozialistische Pressedienst erfährt, hat der ehemalige Wehrkommandeur von Berlin, Generalleutnant Hasse, seinen Beitritt zur NSDAP erklärt.

Der ehemalige Wehrkreiskommandeur von Berlin ist der General der Infanterie Otto Hasse, der jetzt als Oberbefehlshaber an der Spitze des Gruppenkommandos I (Berlin) steht.

Auf Anfrage erklärt uns die Pressestelle des Reichwehrministeriums, daß General Otto Hasse für diesen Fall nicht in Frage kommt.

Allem Anschein nach handelt es sich um einen der beiden anderen Generale gleichen Namens, von denen der eine (Paul) als Kommandeur einer Reiterdivision des Reichwehreinmarsch in Thüringen im Herbst 1923 leitete. Auf sein Konto und das seiner Truppen, die damals schon ihre Standquartiere mit Hakenkreuzen verzierten, kommen

zahllose Gewalttaten an der wehrlosen thüringischen Arbeiterschaft.

Der andere (Ernst) war zeitweilig Divisionskommandeur und Wehrkreis-Befehlshaber in Stuttgart. Er ist politisch weniger hervorgetreten. Beide gehören der Reichswehr nicht mehr an.

Wahrscheinlich ist es also der Generalleutnant außer Dienst Paul Hasse, der Reichsexekutor von Thüringen, der jetzt die Mitgliedschaft in der Hitlerpartei erworben hat.

Wenn übrigens das Reichwehrministerium seine Erklärung, General Otto Hasse, der ehemalige Befehlshaber des Wehrkreises Berlin, stehe nicht in Hitlers Lager, mit der Mitteilung ergänzt, die wohl an Beweise statt gelten soll: der General sei doch aktiver Offizier — so lehrt ein Blick auf die Nachricht (die wir an anderer Stelle des Blattes drucken), daß acht aktive Offiziere der Schutzpolizei gleichzeitig auch aktive Mitglieder der NSDAP sind, was von solcher „Beweisführung“ zu halten ist.

Schwere Unruhen in Schanghai

In Schanghai brachen am Mittwoch früh große Unruhen aus. Tausende von Japanern stürmten durch die Straßen und griffen die chinesische Bevölkerung an, um sich wegen eines am Sonntag erfolgten chinesischen Angriffes auf fünf japanische Mönche zu rächen. Die Japaner bewarfen die Straßenbahnwagen mit Steinen, zertrümmerten Hunderte von Schaufenstern und setzten drei chinesische Fabriken in Brand. An verschiedenen Stellen kam es zu Feuergefechten zwischen der chinesischen Polizei und den Demonstranten. Dabei wurden zwei chinesische Polizeioffiziere und ein Japaner getötet. Später drang die Menge gegen die internationalen Niederlassungen vor. Auf beiden Seiten wurde scharf geschossen und eine große Anzahl von Personen wurde schwer verwundet, u. a. ein englischer Polizeioffizier.

Die Behörden der internationalen Niederlassungen mobilisierten sofort sämtliche Polizeikräfte. Die im Hafen liegenden japanischen Kriegsschiffe wurden in Gefechtsbereitschaft gesetzt und japanische Matrosen patrouillierten durch die Stadt. Der Oberbefehlshaber des japanischen Geschwaders hat nach Tokio um Verstärkungen telegraphiert. Sämtliche Eingänge zu den internationalen Niederlassungen sind von starken Polizeibteilungen besetzt und verbarrikiert worden. Am Nachmittag konnte die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt werden. Die japanischen Bewohner haben zu einer Massenversammlung aufgerufen, um weitere Beschlüsse zu fassen. Das japanische Konsulat hat gegen das Vorgehen der Schutzpolizei der internationalen Niederlassungen protestiert mit der Beschuldigung, daß diese zuerst auf die Menge gefeuert habe.

Auflösung der japanischen Kammer

Tokio, 21. Januar

Die Kammer, die heute vormittag nach der Neujahrspause wieder zusammengetreten war, ist aufgelöst worden. Die Auflösung erfolgte, um der Regierungspartei zu ermöglichen, durch Wahlen eine arbeitsfähige Mehrheit zu erlangen. Bisher hatte die Regierungspartei von 466 Sitzen 177 und die Opposition 240 inne. Die Wahlen dürften ungefähr am 20. Februar stattfinden.

Der erste

Helsingfors, 20. Januar.

Die Verhandlungen über einen finnisch-russischen Nichtangriffspakt sind abgeschlossen. Der Vertrag wird morgen unterzeichnet werden.

Blut und Ketten gegen Indien

TU. Bombay, 20. Januar

Der indische Nationalistenführer Sen Gupta, einer der fanatischsten Anhänger Gandhis, wurde am Mittwoch an Bord des italienischen Dampfers „Ganges“ verhaftet. Gupta kehrte in Begleitung seiner Frau, einer Engländerin, aus England zurück, wo er sich im Zusammenhang mit der englisch-indischen Konferenz aufgehalten hatte. Da der Kapitän die Auslieferung verweigerte, mußte die Erlaubnis des italienischen Konsuls in Bombay zur Festnahme eingeholt werden. Gupta wurde in das Yeravda-Gefängnis bei Puna gebracht, wo auch Gandhi gefangen gehalten wird.

In Dacca wurde ein englischer Polizeioffizier überfallen. Er erhielt einen Stich in den Kopf und blieb bewußtlos liegen. In Gorakhpur feuerte die Polizei zwei Salven in die demonstrierende Menge. Die Zahl der Verluste ist unbekannt. (Also sehr groß! Red.)

Blitzlicht aus Hessen

Das Verhältnis Zentrum—NSDAP

Darmstadt, 21. Januar.

Das „Darmstädter Tageblatt“ veröffentlicht eine Unterredung seines Chefredakteurs mit dem Fraktionsführer des hessischen Zentrums, Ministerialrat Hoffmann, der u. a. erklärte, die Schlüsse, die die NSDAP aus ihrem gewiß großen Wahlerfolg ziehe, seien falsch. Den 37% nationalsozialistischen Stimmen ständen immer noch 63% entgegen, die die NSDAP ablehnten. Die Anhänger des Zentrums hätten bei der Wahl zu erkennen gegeben, daß das Zentrum auch künftig das Bollwerk gegen den Radikalismus von rechts und links sein wolle. Die NSDAP müsse sich daher anschieken, die Lage nüchtern zu betrachten. Ministerialrat Hoffmann betonte, daß das Zentrum gewillt gewesen sei, einer Regierungsbildung durch die NSDAP keine Schwierigkeiten zu bereiten. Es sei auch grundsätzlich bereit gewesen, über die gestellten Forderungen mit sich reden zu lassen. Bei den beständigen Angriffen in der nationalsozialistischen Presse und Partei gegen das Zentrum glaube er allerdings, daß die Zusammenarbeit eine harte Probe hätte bestehen müssen. Zum Schluß erklärte der Zentrumsführer, die weitere Entwicklung der politischen Lage hänge nicht vom Zentrum, sondern in erster Linie von der NSDAP ab.

Es sei ein Antrag auf Auflösung des hessischen Landtags gestellt und es werde sich zeigen, welchen Weg die NSDAP gehe.

Winkler rettet Oesterreichs Wirtschaft

Durch Versammlungsverbot

TU. Wien, 20. Januar.

Bei Beratung des Staatsrechnungsausschusses für 1930 im Nationalratsausschuß wies Innenminister Winkler auf die außerordentlichen Kosten hin, die die Sicherheitsvorkehrungen für die übergroße Aufmarsch- und Versammlungstätigkeit erforderten. Er richtete deshalb an alle politischen Parteien die Aufforderung, auf diesem Gebiete auch nach dem Ablauf des gegenwärtigen Aufmarschverbotes (31. Januar) mit Rücksicht auf die Wirtschaft sich mögliche Zurückhaltung aufzuerlegen, da sonst die Regierung das Verbot wieder aufleben lassen müßte. Die Erfahrung habe auch gezeigt, daß fast genau mit dem Tage des ausgesprochenen Versammlungsverbotes die Abhebungen bei den Banken und Sparkassen anführten und eine große Einlegebewegung einsetzte. (Na, da wird ja Herr Brüning wohl auch nicht lange mit dieser Rettungsaktion auf sich warten lassen?! Red.)

Wahlen auf den Faröern. Die auf den Faröern abgehaltenen Wahlen zum Larting haben den Sieg für die Dänemark treue Sambands-Partei und eine Niederlage für die Los-von-Dänemark-Partei gebracht.



Radio-Prostitution

Der unschuldige Radiohörer, der in den Vormittagsstunden seine zwei Mark Rundfunkgebühr herunterhören will, der hört manchmal eine — sozusagen — spannende Betriebsreportage. Das heißt, da geht ein Mann mit einem Mikrophon durch den Wald wie weiland der liebe Gott, manchmal geht er auch durch Gaststätten, Weinstuben, Pantoffelfabriken, und davon erzählt er uns dann viel Liebes.

Ueber die Löhne sagt er so weiter nichts, das interessiert die Leute doch nicht, auch sonst ist schwer zu merken, daß eigentlich die Arbeiter ein ziemlich wichtiger Bestandteil jedes Betriebes sind. Aber genau ist zu hören, wie die wunderschönen Sachen da gemacht werden und wie weise der Herr das eingerichtet hat. Sauber und appetitlich ist auch alles, ja.

Die solcher Art beehrten Betriebe strahlen, der Umsatz steigt, denn der Rundfunk ist eine exzellente Reklame. Die Leute wollen doch auch mal sehen, was sie da erzählt, bekommen haben.

Nun will aber doch jeder Unternehmer so ein feines Inserat im Rundfunk haben. Und da die Funkstunde doch aus Gründen der, sagen wir Objektivität, niemand überspringen darf, hat man — („man“ ist die Deutsche Reichspost) eine geniale Regelung gefunden. Man hat dem Rundfunk einen Inseratenteil angegliedert, und hier kann jeder Unternehmer nun seinen Bedarf an Aetherlampe decken. Das kostet nicht wenig, eine einfache kleine Betriebsreportage kostet ihre runden tausend Mark. Aber es wird schon wieder reinkommen.

Somit hat man sich das Fell wieder mal geteilt, das dem Radiohörer jeden Monat über die Ohren gezogen wird. Die Post gliedert ihrem Rundfunkbetrieb eine harmlose Nebenstelle an, die für tausend Mark jedem eine Reportage besorgt, die wird in den Vormittagsstunden übertragen und der Hörer hat was für sein Geld. Und was er dafür hat!

Kumpels diskutieren

Es gährt im BAV

Volkehaus Hamburg. Der Saal bereits in Karnevalsstimmung ausgeschmückt. Gegen 10 Uhr vormittags wird's allmählich lebendig. Freigewerkschaftlich organisierte Kumpels sind es, die kommen, um über ihre wirtschaftliche Lage zu diskutieren. Bläß, mager, die Backenknochen hervorstehend, mit den schwarzen Augenrändern als Bergmannszeichen, so betreten sie den Saal. An den verschiedenen Tischen entwickelt sich bald eine rege Diskussion. Ein Glockenzeichen. — Die Kumpels horchen auf! Kameraden! Die Versammlung ist eröffnet. Thema: „Notverordnung.“

Der Referent, ein noch junger Mensch, Angestellter des Verbandes, behandelt das Thema. Er zerpfückt die vierte Notverordnung. Preissenkung? — Mißtrauisch hinnehmen! Preiskommissar? — Kein Vertrauen schenken! Er ist deutschnational! Wäre er doch ein anderer. Rentenraub, Lohnabbau usw. sind unerhörte Härten für die Arbeiterschaft. Im Sinne des ADGB fordert er auf, durch Kontrolle der Mitgliedschaft die Preissenkung zu beeinflussen. Ein Mensch des Apparates hat gesprochen.

Jetzt diskutieren die Kumpels!

Fünf an der Zahl. Die Sprache wird eine andere. Raue Tatsachen werden aneinandergereiht. Die Ausführungen des Referenten werden mitleidlos zerhackt.

Der Erste: Ihr erkennt an, daß die Notverordnung sich nur gegen die Arbeiterschaft richtet. Warum toleriert ihr noch diese Regierung?

Der Zweite: Betriebsrätewahlen um ein Jahr verschoben. Anfang zur Beseitigung des Wahlrechts. Er formuliert seine Gedanken in einem Antrag und fordert Freigabe der Betriebsrätewahlen.

Der Dritte: Kameraden! Zum Preiskommissar sollen wir kein Vertrauen haben, weil er deutschnational ist. Ein anderer soll es sein, hat uns der Referent gesagt. Vielleicht ein Sozialdemokrat? „Jawohl!“ antwortet der Referent durch einen Zwischenruf. Doch der Kumpel hat die Wirklichkeit nicht vergessen und fragt die Kameraden, inwiefern sich der deutschnationale Preiskommissar von dem Sozialdemokraten Bergemann unterscheidet.

Der Vierte: Er ist seit zwanzig Jahren organisiert, verlangt Freigabe der Betriebsrätewahlen. Heute demonstrieren heißt mit dem Gummiknüppel Bekanntheit machen. Früher schlug Jagow die Arbeiter nieder, wenn sie für ihre Rechte demonstrierten, heute ist es ein anderer. Personen haben gewechselt, doch das System ist geblieben.

Noch ein anderer spricht: ein Angestellter vom Arbeitsamt. Er versucht den Kurs des ADGB zu verteidigen. Seine Weisheit war die, daß Hungernde keine Revolution machen. Doch schon erschallt ein Zwischenruf: „Vollgefressene bestimmt nicht.“

Eine weitere Resolution wurde eingebracht, die die Kursänderung des ADGB fordert und schärfsten Kampf gegen das heutige Regierungssystem in Verbindung mit sämtlichen proletarischen Organisationen.

Der Referent erhält das Schlußwort. Noch einmal versucht er, den bisherigen Kurs zu verteidigen. Zwischenrufe erschallen. Die Mitglieder wehren sich gegen sogenannte Kampfmittel, die mit Klassenkampf nichts mehr zu tun haben. Er endet sein Schlußwort mit der Aufforderung, die eingebrachten Anträge abzulehnen.

Die Regie setzt ein. Trotzdem die Diskussion geschlossen, begründet der Versammlungsleiter in weiteren 20 Minuten die Ablehnung der eingebrachten Anträge. Doch eine beachtliche Minderheit läßt sich nicht beirren. Es gärt im BAV. Kumpels weiter vorstoßen!

Frankreichs Schwerindustrie kauft Zeitungen

Nachdem die Besitzverhältnisse beim „Temps“, auf den die französische Schwerindustrie den stärksten Einfluß hatte, neuerdings sich wiederum in der gleichen Richtung verändert haben — als journalistischer Vertrauensmann der Schwerindustrie soll demnächst der bekannte Publizist Lucien Romier die Chefredaktion des „Temps“ übernehmen — kommt die Pariser Nachricht nicht überraschend, daß das Comité des Forges (etwa dem Stahlverein entsprechend) nunmehr auch beim „Matin“ Einfluß gewonnen habe. Der „Matin“ hat durch die Verabschiedung seines langjährigen Außenpolitikers Jules Sauerwein, der seine in der Linie Briands liegende journalistische Arbeit nun an der Wochenzeitung „Candide“ fortführen wird, klar zu erkennen gegeben, daß die sogenannte Verständigungspolitik in seinen Spalten künftig nicht mehr vertreten werden soll.

Paul-Boncour avanciert

TU. Genf, 20. Januar.

Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß Senator Paul-Boncour als Vertreter der französischen Regierung den Vorsitz der am 25. Januar beginnenden Tagung des Völkerbundsrats übernehmen wird.

Rettet Ruegg!

Protest des Welt-proletariats gegen Tschiangkaischek-Justiz

Sacco und Vanzetti, der infame Justizmord der amerikanischen Klassenjustiz; der beabsichtigte neue Mord an acht jungen Negerarbeitern, die Opfer eines kulturlosen Rassenhasses werden sollen; das Todesurteil, das dem tapferen Revolutionär Rakosy im Horthy-Ungarn drohte, alle diese Terrorakte und Justizmorde der Kapitalistenklasse haben das internationale Proletariat in gewaltigen Solidaritätsaktionen gesehen. Bis auf einen Fall war das Proletariat stark genug, den Henkern in den Arm zu fallen. Sacco und Vanzetti, die auch die gewaltigste Protestaktion der internationalen Welt nicht vor der Brutalität und Gemeinheit der amerikanischen Bourgeoisie zu retten vermochte, werden in den Augen des Proletariats leben als zwei Opfer der Ueberzeugungstreue, als zwei Opfer des Klassenkampfes, als zwei Vorkämpfer der proletarischen Revolution.

Heute ist

ein neuer Fall Sacco und Vanzetti

auf die Tagesordnung gesetzt worden. Diesmal ist es die chinesische Nanking-Regierung, die ihr Henkerheil gegen einen Vorkämpfer der Arbeiterbewegung zückt, dessen einziges Verbrechen es ist, Anwalt des armen, unterdrückten und menschenunwürdig ausgebeuteten chinesischen Proletariats zu sein. Der Schweizer Paul Ruegg ist nach Shanghai

gegangen, um dort die Kenntnisse und Erfahrungen der europäischen Arbeiterbewegung bei der Organisierung der pazifischen Gewerkschaftsbewegung zu verwerten. Ruegg ist unter unsinnigen Mordanschuldigungen verhaftet worden. Seine Frau, die keine andere Schuld treffen kann, als mit diesem Manne verheiratet zu sein, ist ebenfalls in ein chinesisches Gefängnis geworfen worden. Man hat sie von ihrem dreijährigen Kinde getrennt, und seit einem dreiviertel Jahre weiß sie nicht, was aus ihrem Kinde geworden ist. Sie weiß auch nicht, ob ihr Mann noch lebt oder schon ein Opfer imperialistischer Mordsucht geworden ist.

Die Schweizer Regierung tut nichts, um ihre Staatsangehörigen vor der Folter zu schützen, der sie seit einem dreiviertel Jahre ausgesetzt sind.

Sie tut nichts, um den Sachverhalt, der leicht zu klären wäre, nach irgend einer Hinsicht aufzuklären, sie überläßt kaltblütig ihre Landsleute einem grauenhaften Schicksal. Es handelt sich um einen Vertreter der Arbeiterschaft — und der ist vogelfrei und schutzlos. Die Schweizer Regierung schiebt Identitätsbedenken vor, aber die greise Mutter Rueggs ist nach Bern geeilt, um dort vor dem Bundesrat den Identitätsnachweis zu führen.

Das Schweizer Proletariat hat in großen Versammlungen gegen das schandbare Verhalten protestiert.

Wir schließen uns diesem Protest voll an, und dieser Protest ist eine Bewegung der ganzen Kulturwelt geworden.

Das Verteidigungskomitee zur Verhinderung des Justizmordes ist international. Männer wie der Senator Borah in Amerika, Maxton und Kirkwood in England, zahlreiche Schriftsteller Frankreichs und Lateinamerikas gehören ihm an.

In Berlin schloß sich eine Versammlung der Berliner Arbeiter diesem Weltprotest an. Prof. Waite, protestierte im Namen der Wissenschaft, eine Vertreterin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit verlas ein Protesttelegramm, Zustimmungserklärungen von Selma Lagerlöf, Ricarda Hach wurden bekannt gegeben, eine Unterschriftensammlung von Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern hat eingesetzt, um endlich der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Auch wir werden in allen unseren Veranstaltungen und Publikationen den Protest gegen die Blutjustiz der internationalen Bourgeoisie Ausdruck geben. W. E.

Ernährungsphysiologie für Erwerbslose

Sauerkraut u. grüne Heringe sind ideale Ernährungsmittel!

Die Ernährungsphysiologin Dr. Gerta Wendelmuth sprach in der Berliner „Hebaudi“ über das Thema: „Wie kann ich bei vermindertem Einkommen meine Familie gut und ausreichend ernähren?“ Die bürgerliche Presse bringt schmunzelnd einen Bericht über die Ausführungen. Zunächst wird einmal festgestellt, daß heute alle Nahrungsmittel in Ueberfluß vorhanden sind. Das wissen wir auch. Nur können sich Millionen von Volksgenossen die Nahrungsmittel nicht kaufen. Und vom Ansehen durch die Schaufensterscheiben wird der Prolet nicht satt. Frau Wendelmuth sagt aber, die Familie dürfe unter keinen Umständen weniger zu essen bekommen. Vor allem darf die Fettration nicht gekürzt werden. 50 bis 60 Gramm Fett pro Tag sind zum Gedeihen des Körpers nötig. Eine Familie mit 5 Köpfen müßte demnach pro Woche mindestens 4 Pfund Fett dem Körper zuführen. Aber Frau Dr. Wendelmuth weiß schließlich auch, daß die Proleten als Unterstützungsempfänger den erforderlichen Betrag hierfür nicht aufbringen können. Nun, da gibt es noch ein anderes Nahrungsmittel, das einen „großen Eiweißgehalt“ hat und besonders billig ist: nämlich der grüne Hering. Wenn den zubereit-

teten Heringsgerichten noch die nötigen Mengen Kartoffeln zugefügt werden, dann sind tatsächlich in dem Essen alle Nährstoffe vorhanden, die der Körper braucht. Man kann die teure und unzweckmäßige Stullenernährung einstellen. So meint die Ernährungsphysiologin. Wenn aber auch einmal Abwechslung auf den Tisch kommen soll, dann gibts ja auch Sauerkraut! Kurzum, bereite warme Speisen, wie Hering und Kartoffeln, Kartoffel und Sauerkraut und dann Prolet... fang wieder von vorne an.

Mit solchen Ratschlägen wartet die gottgewollte Gesellschaft den ausgehungerten Proleten auf. Wenn nach solchen Rezepten verfahren wird, dann können die Unterstützungen bestimmt noch gesenkt werden, können die Löhne der Arbeiter noch weiter herab „notverordnet“ werden.

Frau Dr. Wendelmuth soll dann einmal vier Wochen die Unterstützung einer Familie ihrer Stärke entgegennehmen, und dann kommt sie gewiß auf noch rationellere Ernährungsmethoden. Also, bitte!!

Proleten, so verhöhnt man euch, merkt es euch. Die Stunde der Abrechnung kommt — dann aber auskehren! G. K.

Staatspartei gegen Klepper

Berlin, 20. Januar.

Die Schwierigkeiten, denen sich der neue preußische Finanzminister Klepper bei seinem Streben, den preußischen Staatshaushalt auszugleichen, gegenüberfindet, sind noch keineswegs behoben. Die Versuche Preußens, vom Reich Entschädigungen für finanzielle Schäden zu erlangen, die dem Lande Preußen durch den Friedensvertrag erwachsen sind, scheinen endgültig gescheitert zu sein. Die Landtagsfraktion der Staatspartei, die nach Höpker-Archoffs Ausscheiden aus dem Staatsministerium immerhin noch einen Minister stellt, hat sich am Dienstag gleichfalls mit der Ausgleichung des Defizits beschäftigt. Sie faßte einen Beschluß, der sich entschieden gegen gewisse, auch heute noch nicht begrabene Pläne Kleppers auf Einführung neuer Verbrauchssteuern richtet. Darin heißt es:

„Die Landtagsfraktion der Staatspartei wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Einführung neuer Steuern,

insbesondere gegen eine Schlachtsteuer,

die überdies in völligem Gegensatz zu der von der Reichsregierung verfolgten Preissenkungspolitik stehen würde. Weiterhin erklärte sich die Fraktion einmütig gegen eine weitere Kürzung der Personalausgaben. Vor allem wurde eine neue Beschränkung der Ausgaben auf dem Gebiete des Schulwesens für untragbar gehalten. Die Reichsregierung habe die Verpflichtung, Preußen nicht schlechter als die übrigen Länder zu behandeln. In den jetzigen Verhandlungen der Reichsregierung mit der preußischen Staatsregierung würden vom Reich keine Geschenke erwartet, sondern Preußen habe einmal Rechtsansprüche geltend zu machen, und es sei weiter in der Lage, gewisse Gegenleistungen anzubieten.“

Worin Preußens Gegenleistungen an das Reich bestehen sollen, ist wohl ein Staatsheimnis der Staatspartei!

Holzarbeiter fordern Einheitsfront

In der Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes, Unterbezirk Hamburg, Zahlstelle Duisburg-Hamborn, gelang es unserem Genossen für den Gedanken der Einheitsfront bei den Mitgliedern sehr starke Sympathien zu wecken. Die Versammlungsleitung mußte unter dem Drucke der Mitglieder einem Kollegen, welcher politisch zur SAP gehört, eine verlängerte, und zwar eine Viertelstunde Redezeit geben. Unser Genosse konnte unter starkem Beifall der Versammlung die Ziele und Aufgaben der gesamten Arbeiterschaft klarlegen, wobei er sehr scharf die Fehler der reformistischen Politik geißelte. Der Geist in der Versammlung gibt Gewähr, daß es gelingen wird, auch gegen den Willen des Apparates, die Organisation in die Front des proletarischen Klassenkampfes einzureihen.

Volkspartei rückt von „Schweine-Schmid“ ab

Berlin, 20. Januar.

Der frühere Staatssekretär im Wiederaufbaumministerium, Dr. Schmid, M. d. R. — wegen seines Anteils am Schweinemord bei Kriegsbeginn kurz „Schweine-Schmid“ genannt —, hat sich dieser Tage gegen die Wiederwahl Hindenburgs öffentlich ausgesprochen. Die „Nationalliberale Correspondenz“ teilt nun mit: „Durch die Ausführungen des Parteiführers Abgeordneten Dingeldey über die Stellung zu einer Kandidatur Hindenburg, die er in Berlin und in Frankfurt a. d. Oder gemacht hat, ist der allein maßgebende Standpunkt der Gesamtpartei wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Er geht nach wie vor dahin, in der Wiederwahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg die wünschenswerteste Lösung zu erblicken. Diesem Ziele müssen alle taktischen Gesichtspunkte untergeordnet werden. Anders gerichtete Anschauungen eines einzelnen angesehenen Parteifreundes in dieser Frage können an dieser Auffassung der Deutschen Volkspartei nicht ändern.“

Der größte Exporteur der Welt

Fast 3 Milliarden Ausfuhrüberschuß

Die Jahresbilanz des deutschen Außenhandels für das Jahr 1931, die jetzt abgeschlossen vorliegt, ergibt einen Exportüberschuß von fast 3 Milliarden, das ist gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um rund 1,2 Milliarden. Damit steht Deutschland im Weltausßenhandel an der Spitze aller Staaten, eine Stellung, die es in der Vorkriegszeit niemals innehatte. Die erhebliche Steigerung des Ausfuhrüberschusses ist um so beachtlicher, als wertmäßig infolge des Preissturzes ein Rückgang in der Ausfuhr eingetreten ist. Den geringsten Rückgang hat die Ausfuhr von Fertigwaren erlitten, in erster Linie eine Folge des Rußlandgeschäfts.

Das Ergebnis der deutschen Handelsbilanz scheint in schroffem Gegensatz zu dem Rückgang der Konjunktur, vor allem zu dem Rückgang der Beschäftigung, der Senkung des Volkseinkommens und vor allem den verminderten Beständen der deutschen Banken zu stehen. Besonders dieser letzte Punkt verdient Beachtung. Wie ist es möglich, daß der steigende Ausfuhrüberschuß, das gute Exportgeschäft, das vor allem von der verarbeitenden Industrie getätigt wurde, dem Schrumpfungsprozeß der Bestände der Banken in keiner Weise entgegengegewirkt hat?

Mit anderen Worten: Wo ist das Geld geblieben, das die deutschen Exporteure im Jahre 1931 verdient haben? Diese Frage dürfte in erster Linie auch den Steuerfiskus und die Reichsbank interessieren. Sie werden vermutlich wissen daß es gar keine andere Antwort gibt, als daß diese Summen zum guten Teil niemals die deutschen Grenzen passiert haben, sondern wohlverzinst als Auslandsguthaben der Exportindustrie, deren „Kapitalmangel“ die Reichsregierung durch Zinssenkung abzuheben bestrebt ist, in ausländischen Depots oder industriellen Anlagen ruhen.

Die aktive Handelsbilanz ist schon von dem Baseler Gutachten als wichtigster Aktivposten der deutschen Wirtschaft bezeichnet worden. Wirtschaftliche Bedeutung kann aber dieser Aktivposten erst dann erlangen, wenn er wirklich für die Ankurbelung der gesamten Wirtschaft nutzbar gemacht wird, und nicht, wie das heute der Fall ist, lediglich den Sonderproften, bestenfalls der Abdeckung ausländischer Schulden einzelner Großexporteure dient. Für die Masse der Bevölkerung verwandelt sich unter der kapitalistischen Führung auch dieser Aktivposten, den das „Berliner Tageblatt“ als „grandiose Leistung“ bezeichnet, in einen der vielen Passivposten, die zu Arbeitslosigkeit und Verelendung führen. Auch hier liegt wieder ein Beweis dafür vor, daß eine dieser „grandiosen Leistungen“, die ja nicht zuletzt von der deutschen Arbeiterschaft vollbracht werden, im kapitalistischen System weit davon entfernt sind, der gesamten Wirtschaft zu dienen, für die nun einmal eine „Interessensolidarität“ nicht besteht. Auch Rekordleistungen, wie die hier vorliegende, erhalten einen wirtschaftlichen Sinn erst innerhalb einer sozialistischen Wirtschaftsführung.

Kein Radiumvorkommen in Oesterreich

Linz, 21. Januar.

Wie der Pressedienst der oberösterreichischen Landesregierung meldet, stellt sich die Nachricht über ein Radiumvorkommen bei Neuhaus-Niederwaldkirchen nunmehr als eine grobe Mystifikation heraus. Die Erhebungen, die in dieser Angelegenheit von der Gendarmerie eingeleitet wurden, sind noch nicht abgeschlossen.